

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Wertmeister, Gehellen, Lehrlinge u. Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton-, Tiefbau-, u. Dachbedeckungsarbeiten, in der Backstein- u. Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Papier- und Gießbetrieben, für Pfahlstetter und die Arbeiter im Straßenbau, Flößerer, Stiefelhersteller, Ofenbauer, Steinholzer, u. Zerkleinerungsarbeiter

Seit dem 1. September 1932 monatlich. Monatsbeitrag 1,- RM. (ohne Postgebühren). Bestellungen nur durch die Post. Schluss des letztes Monats feil.

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund

Berlin SW 68, Friedrichstraße 5-6. Fernspr.: A 7 Dönhoff 7650, 7651, 6240. Postfach 65232.

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S 14, Deutscher Baugewerksbund, Scharfstr. 11. Geschäftsführer nach Tarif durch „Berber“, Berlin SW 11.

Legende vom Dolchstoß der Gewerkschaften.

Das „Präsidialkabinett“ Papen hatte bei seinem Regierungsantritt in seiner Proklamation „an das Volk“ dem „Wohlfahrtsstaat“ Fehde angelagt. In der Arbeiterbevölkerung erregte die Wendung starkes Mißtrauen und berechtigten Unwillen. Optimisten behaupteten allerdings, diese Kampfanlage gegen den „Wohlfahrtsstaat“ gelte verkrachten Banken, vor dem Bankrott stehenden Großunternehmungen und Riffertgütern. Aber die Notverordnung der Papen-Regierung belehrte sie dann eines anderen. Und nunmehr melden nach der Reichstagswahl die Schwerindustrie und die ihr verwandten „nationalen“ Kreise ihre Forderungen an.

Laßend wird zunächst vorgeführt. Gewiß, die Zukunft der Papen-Regierung liegt noch im Dunkel. Nach bisheriger menschlicher Voraussicht dürfte sie eine Mehrheit im Reichstag nicht bekommen. In Scharfmacherkreisen hofft man allerdings, daß sie sich als „Präsidialkabinett“ trotz eines etwaigen Mißtrauensvotums des Reichstags halten werde. Dieser Auffassung neigen wir zu. Nur fragt es sich — da sich in sonstigen Dingen dieser Reichstag als arbeitsunfähig erweisen wird —, wie lange mit dem berichtigten § 48 der Reichsverfassung „regiert“ werden und ob sich dieses „Präsidialkabinett“ dauernd auf Wajoneffe stützen kann. Andere Leute reden auch von einer erneuten Reichstagsauflösung. Wir sind der Meinung, daß auch dabei wenig Neues herauspringen würde...

Doch gleichviel. Die Schwerindustrie meldet ihre Forderungen an. Das Sprachrohr des Herrenklubs, zugleich vornehmstes Propagandaorgan Hilters, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, stellt bereits die Frage: „Vom Sozialismus zum — Sozialismus?“. Frank und frech bezeichnet dieses Scharfmacherblatt alle seit 1918 für die Arbeiterchaft errungenen sozialen Selbstverständlichkeiten als „Sozialismus“. Nunmehr laufe — so sagt das Blatt — die Schicksalsfrage des deutschen Volkes, ob wir uns zu einem „freiwirtschaftlichen Lande zurückentwickeln“ oder „ob der Sozialismus mit politisch anderem Vorzeichen einen neuen Siegeszug anzutreten berufen ist“. Das ist eine Anspielung auf den „Sozialismus“ der Hiltlerianer. Den gläubigen Hiltler-Wählern wird jetzt verkündet, es sei ganz egal, es sei Jacke wie Hose, ob das Stichwort internationaler oder deutscher Sozialismus lautet. Sozialismus ist nach der Ansicht der Herren von Schlot, Esse, Ar und Halm immer eine „Irrlehre“, ob er sich in dieser oder jener Art äußert. Die Repräsentanten des alten Herrenrentums schieben den „gefährlichen Prinzipienmischmasch“, den sich Hiltler und Genossen für ihre Propaganda zurechtgemacht haben, mit vornehmer Handbewegung beiseite. Sie verlangen völli ge Ellenbogenfreiheit. Und da taucht auch schon bereits die alte freche Lüge auf, wonach der Sozialismus schuld sei an allem Elend der Welt. Weiß der Teufel, wo diese Herrschaften den Mut zu all ihrem Schwindel hernehmen! Wie vor fünfzig Jahren ist auch heute noch der Sozialismus das knallrote Schreckgespenst für jeden harmlosen Spießer, und bisher ist es den Männern vom Herrenklub — stramm deutschnational selbstverständlich! — schon stets gelungen, den biedereren deutschen Spießbürger für solche Orwulggeschichten einzufangen!

Man schaut sich in unserer kapitalistischen Welt vergeblich nach wirtschaftlichem Sozialismus um. Überall sind außer in Rußland die Führer des Privatkapitals am Ruder, überall herrscht der Privatkapitalismus, und überall, wo er herrscht, sehen wir große Not und ungeheures Elend. Aber das macht nichts — der Jude wird verbrannt. Der Sozialismus hat „schuld“ an allem Uebel. Und zur alten ehrwürdigen Eigenwalze kommt die neue Scharfmacherwalze: Die Ge-

werkschaften sind verantwortlich für alle Bankrotte, für alle Betriebsstilllegungen und Arbeitslosenziffern in dieser weiten Welt! Und so erfindet man eine neue Dolchstoßlegende. Nichts da von bankrotten unvermögenden Wirtschaftsführern, von leichtsinnigen, ja, verbrecherischen Betrügern, denen das Schicksal hunderttausender Arbeiter anvertraut war — dies Kind, kein Engel ist so rein! Nichts da von gedankenloser Ueberproduktion, von sich überflüssigender Technisierung, von industriellen Fehlleistungen! Die Gewerkschaften haben den Dolchstoß gegen die Wirtschaft geföhrt! Und deshalb verlangt die Herrenstuppe: Freie Bahn dem Unternehmer! Nichts gebe es — so versichert das Propagandaorgan Hilters — „was die wirtschaftlichen Lehren unserer Großväter und Urgroßväter zu erschöpfen geeignet“ wäre!

So verstehen diese Herren ihre Zeit. So verstehen sie das Ende des „Wohlfahrtsstaates“! Jamohl, zurück zu den Löhnen in der Urgroßväterzeit, als die Proleten noch „glücklich“ waren bei Rapsöl und Pellkartoffeln, als die „Begehrlichkeit der Masse“ noch größte Entfugung war, zurück mit der gesamten kulturellen Entwicklung um hundert Jahre! Fort mit allen verfluchten humanistischen Neuerungen. Die die „Wirtschaft“ an den Rand des Abgrundes gebracht haben. Fort mit der Sozialversicherung, fort mit dem Tarif- und

Arbeitsrecht, fort mit der Arbeitslosenversicherung, fort mit den „hohen“ Löhnen und dem „Ueberkonjum“, fort mit dem Koalitionsrecht für die Arbeiter, zum Teufel vor allem mit allen Gewerkschaften, und last not least: fort mit allen die Unternehmer belastenden Steuern und allen sonstigen „Ankoffenfaktoren“!

Das ist das Programm der Scharfmacher. Es läßt in ihrem Sinne nichts zu wünschen übrig. Mit Gewalt möchte man die Weltgeschichte um ein Jahrhundert zurückdrehen. Wir raten den Herrschaften zur Vorsicht. Vielleicht wird doch noch alles anders, allerdings anders als Hiltler und seine Geldgeber sich träumen lassen. An uns liegt es, unser Gewerkschaftspanier hochzuhalten. Wir sehen, daß sich die Herren der Wirtschaft verschworen haben, alles, was die Gewerkschaften in fünfzig Jahren Kampf für die Arbeiterchaft errungen haben, mit brutaler Gewalt zu vernichten. Wir sagen ihnen und ihrem Steigbügelhalter Hiltler von neuem den Krieg an. Mit aller Energie werden wir unsere gewerkschaftlichen Errungenschaften zu verteidigen wissen. Wir wollen vorwärts und nicht rückwärts! Darum, Freunde und Kollegen, steht zusammen in der Gewerkschaft! Bildet eine geeinte Phalanx gegen Rammons- und Herrschgier! Erhebt die Fahne der Rebellion gegen das auf dem Sprünge befindliche Ausbeutertum!

Unser Jahrbuch 1931.

Wie immer um diese Jahreszeit ist auch in diesem Jahre unseren Baugewerkschaften und den sonst dafür in Frage kommenden Stellen das Jahrbuch unseres Bundes für das vergangene Jahr zugegangen. Das Jahr 1931 wird sicher als ein sehr bemerkenswerter Zeitabschnitt in die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und der sozialen Entwicklung in Deutschland eingehen. Es war ein Jahr erhöhten Ängens der Arbeiterchaft mit wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umwälzungen, die die Aufrechterhaltung des in früheren Jahren errungenen Lebensstandes und um die Erhaltung der elementarsten Existenzsicherung durch die soziale Hilfe des Staates.

Diesen Zustand spiegelt auch unser Jahrbuch in allen seinen Abschnitten wider. Auf 20 Seiten enthält es zunächst in großen Umrissen ein treffendes Bild der Wirtschaftsgestaltung in Deutschland und ihrer Zusammenhänge mit der Weltwirtschaft. Die Zeit der großen Bankzusammenbrüche wird dem Leser in Erinnerung gerufen. Die davon ausgehende Lamine wirtschaftlicher Zerstörung und ihre wichtigsten politischen Begleiterscheinungen werden hier rückblickend in ihren Abläufen festgehalten und die Auswirkungen auf die verschiedenen Bereiche des Wirtschaftslebens dargestellt.

Bautätigkeit und Wohnungswesen sind selbstverständlich Gegenstand einer besonders eingehenden Darstellung und kritischen Beleuchtung in unserem Jahrbuch. Die bisher in unseren Jahrbüchern enthaltenen Feststellungen des Statistischen Reichsamts über die Bautätigkeit lagen in diesem Jahre bei Abschluß des Jahrbuches noch nicht vor, aber alle zur Beurteilung herangezogenen Tatsachen bestätigen übereinstimmend, daß die Bautätigkeit im Jahre 1931 gegenüber 1930 bereits um etwa 40 % zurückgegangen war. Die umfangreichen Darlegungen über die Finanzierungsverhältnisse und die gesellschaftlichen Maßnahmen auf dem Gebiete der Bauwirtschaft lassen keine Zweifel darüber, daß die verhängnisvolle Hausinszenierung und Baumwirtschaftspolitik der Regierung das Bauwesen in die äußerste Not hineingeworfen hat. Die unheilvolle Schrumpfung unseres gesamten Wirtschaftslebens aber ist unverkennbar mit der verfehlten Behandlung der Bauwirtschaft durch die Regierung eng verknüpft. Wer diesen Zusammenhängen nachspüren will — und jeder Funktionär sollte das tun, um die grundsätzliche Haltung unseres Bundes in all diesen Dingen verstehen zu können —, findet in diesem Abschnitt das beste Material.

Die Darstellung der Arbeitslosigkeit unserer Mitglieder rundet schließlich das Bild der wirtschaftlichen Grundlagen, auf denen sich die Entwicklung unseres Bundes vollziehen mußte. Wir selbst sind zwar schon abgelenkt gegen hohe Arbeitslosenzahlen, die Arbeitslosigkeit ist bisher noch weiter gewachsen, und nirgends zeigen sich die geringsten Anzeichen einer Besserung. Aber auch die jahresdurchschnittliche Arbeitslosigkeit von 68,1 % unter unseren Mitgliedern im Jahre 1931, die Tatsache, daß schon mit 55,4 % im Juni die geringste Arbeitslosigkeit er-

reicht war, zeigt mit erschütternder Deutlichkeit, wie trostlos die Wirtschaftslage schon im Jahre 1931 war.

Es kann daher nicht mehr überraschen, wenn das Jahrbuch in seinen weiteren Abschnitten über eine Aufwärtsentwicklung des Bundes nicht berichten kann. Selbst die eifrigste Werbe- und Organisationsarbeit kann in Zeiten einer zusammenbrechenden Wirtschaft nur auf die Erhaltung des vorhandenen Organisationsstandes gerichtet sein. An operativer Werbe- und Aufklärungsarbeit eines geschulten und überzeugungstreuen Funktionärkörpers hat es in unserem Bunde — von vereinzelt Ausnahmen abgesehen — gewiß nicht gefehlt. Wenn trotzdem die Zahl der Mitglieder der von Jahresanfang bis zum Jahresabschluss von 462 428 auf 300 306 zurückgegangen ist, so ist dieser Verlust von 72 122 Mitgliedern gleich 15,6 % des Bestandes wohl schmerzlich, doch für den nächsten Beurteiler keineswegs überraschend. Allzu vielen ist die Hoffnung vergangen, jemals im Baugewerbe wieder regelmäßige Arbeit finden zu können; ferner glaubt mancher die Verbindung mit der Organisation nicht mehr nötig zu haben. Aber auch die Mitgliederentwicklung der Jugendabteilung gibt einen Fingerzeig für natürliche Ursachen des Mitgliedererückganges. Ist doch die Zahl der Lehrlinge und jugendlichen Hilfsarbeiter in unserem Bunde von 34 837 auf 22 904 zurückgegangen. Das sind fast 12 000 oder über 30 % weniger, ein deutliches Zeichen dafür, wie der Zugang von Lehrlingen und jungen Hilfsarbeitern zum Baugewerbe stockt, weil es keine Beschäftigungsmöglichkeit zu bieten vermag.

In den Finanzen des Bundes konnte die Wirtschaftskatastrophe und der Mitgliedererückgang ebenfalls nicht spurlos vorübergehen. Durch starke Verminderung der Einnahmen bei immer noch hohen, wenn auch gegenüber dem Vorjahre stark gesenkten Ausgaben, hat das Bundesvermögen eine empfindliche Einbuße erlitten. Am 31. 12. 31. M. haben die Ausgaben die Einnahmen überschritten. Um diese Summe, gleich 30,2 %, hat das Bundesvermögen verringert. Auf das einzelne Mitglied entfiel danach am Jahresabschluss 1931 noch ein Vermögensanteil von 39,15 M. gegenüber 51,02 M. am Jahresende 1930.

Die Hauptursache für die Vermögensminderung ist der Rückgang der Beitragsentnahmen. Sind doch aus ordentlichen Wochenbeiträgen nur 6,8 Mill. M. eingenommen worden, was gegenüber dem Vorjahre einen Ausfall von fast 6,8 Mill. M. also fast die Hälfte der vorjährigen Beitragsentnahmen, bedeutet. Es ist nur natürlich, daß auch alle übrigen Einnahmeposten weiter zurückgegangen sind, so daß der Bundeshauptkassendruck und den Baugewerkschaften insgesamt nur 20,8 Mill. M. zur Verfügung standen, gegenüber fast 27,7 Mill. M. im Jahre 1930. Die Ausgaben des Bundes sind zwar auch sehr stark, aber doch nicht in dem gleichen Umfang gedrosselt worden, wie die Einnahmen zurückgegangen sind. Es gelang nur, die Ausgaben gegenüber 1930 um nahezu 6,3 auf rund 20 Mill. M. zu senken. Ein völliger Ausgleich zwischen

Einnahmen und Ausgaben wäre nicht möglich gewesen, ohne das Unterfütungsstellen schon im Jahre 1931 noch sehr viel stärker abzubauen, als es ohnehin schon geschehen ist, und auch die übrigen Aufgaben des Bundes in sehr viel geringerer Umfang zu erfüllen, als dringend notwendig war. Sind doch an 1931 die Unterfütungsstellen im Jahre 1931 vom Bund noch insgesamt 67 Mill. M. geleistet worden und noch rund 128 Mill. M. für Kampfrückstellungen. Die Kosten des Organisationsapparates, also Bundesvorstand, Bezirksvorstände und Bauwerksvereine, haben an sachlichen und persönlichen Ausgaben noch rund 5 Mill. M. erfordert, das sind jedoch schon 1,75 Mill. M. oder über 25 % weniger als im Vorjahre. Wer meint, daß hier mehr hätte gespart werden können, dem seien die Abschnitte „Arbeitsrecht — Sozialpolitik“ und „Lohnbewegungen und Tarifverträge“ zu eingehendem Studium empfohlen. Diese beiden Abschnitte lassen besonders gut erkennen, wie hartnäckig und verblissen die Angriffe gegen die Arbeiterbewegung und verblissen die sozialen Lebens geführt wurden. Lohnbewegungen von Jahresanfang bis zum Jahresende, daneben die ständige Reformierung der Arbeitslosenversicherung und ganz neu auftauchende Gefahren für die Bauarbeiterbewegung, wie etwa der freiwillige Arbeitsdienst! Es ist unmöglich, selbst im Jahr buches alles aufzuführen, was im einzelnen geleistet worden ist, um all diese Angriffe nach Möglichkeit zu parieren. Wohl aber vermitteln insbesondere die hier genannten Abschnitte einen Begriff davon, wie der gesamte Organisationsapparat das ganze Jahr hindurch zu äußerster Leistung angepannt war, um alle Angriffe abzuwehren. Es leuchtet ein, daß den Sparmöglichkeiten bei den Kosten eines zu äußerster Anspannung angepannten Apparates Grenzen gesetzt sind, wenn nicht die Erfüllung seiner Aufgaben darunter leiden soll.

Außer den hier kurz besprochenen Abschnitten enthält das Jahrbuch alle anderen, den Jahrbuchbenutzern bekannten Abschnitte und ein reichhaltiges statistisches Anlagematerial. Aus Sparmaßregeln sind einige Tabellen bereits gekürzt worden. Die notwendige statistische Erfassung anderer Vorgänge, wie etwa des Lohnabbaues durch die Dörfer Verordnung, haben aber die Aufnahme neuer Tabellen notwendig gemacht, so daß es nur gelungen ist, den Anlagenteil um etwa zehn Seiten kleiner zu halten als im Vorjahre.

Besonders hingewiesen sei noch darauf, daß zum ersten Male in unseren Jahrbüchern die Reichsgruppen der Dacheckerei berichtet, womit unser Bund seinem organisatorischen Ziel wieder um einen Schritt näher gekommen ist. Wie bei früheren Jahrbüchern anderer Fachgruppen, ist auch dem Bericht der Dacheckerei ein kurzer Überblick über die Geschichte des Dacheckerverbandes angefügt. Durch diese Erweiterung und infolge der Notwendigkeit, der Fülle der Ereignisse im Berichtsjahre gerecht zu werden, hat die Abt. unser Jahrbuch aus Sparmaßregeln in seinem Umfang einzuschränken, nur einen bescheidenen Erfolg gehabt. Es präsentiert sich wieder als ein fastlicher Band von 512 Seiten. Wir sind aber überzeugt, daß sich der langen Reihe seiner Vorgänger würdig anschließt. Es wird wie bei ein wertvolles Hilfsmittel für die weitere Organisationsarbeit sein, um mit zu glauben, daß es sich für eine spätere Geschichtsschreibung sogar als besonders wichtige Materialquelle erweisen wird.

Katastrophe der Zementindustrie.

Durch die un sinnige Kartell- und Preispolitik der Zementverbände haben sich in der deutschen Zementindustrie Verhältnisse herausgebildet, die jetzt die Kartellgesellschaften vor die Aufgabe stellen, zur Überwindung des Krisenstandes an der Wege einzuschlagen. Der Zementabsatz infolge einer Erklärung auf der Generalversammlung der Döckerhoff-Widling A.-G. auf den Stand vom Jahre 1899 gesunken. Wenn das auch mit beachtlicher Ueberschreitung gelang wurde, so steht zweifellos fest, daß der Zementabsatz gewaltig zurückgegangen ist. Die öffentliche Hand hat aus Sparmaßregeln den Auftragsbestand der von ihr vergebenen Arbeiten von 1,7 Milliarden M. im Jahre 1930 auf 600 Millionen M. im Jahre 1932 gesenkt. Auch die private Bautätigkeit ist fast still, die Ausbesserungsarbeiten an den Altkanälen, wobei viele Bauarbeiter beschäftigt werden können, sind bisher über kleine Anfänge nicht hinausgekommen.

Aber es wäre falsch, wollte man die trostlose Lage der Zementindustrie damit entschuldigen. Die Zementkartelle haben mit ihrer in den guten Jahren betriebenen rückwärts- losen Monopolpreispolitik zum wesentlichen Teil dazu beigetragen, daß diese Zustände eingetreten sind. Die hohen Kartellpreise waren der Anreiz zu immer größeren Investitionen. Man hat die Werke noch zu einer Zeit ausgebaut, als schon klar überflüssig war, daß an die volle Ausnutzung der Leistungsfähigkeit nicht mehr zu denken sei. Ja, es läßt sich nicht bestreiten, daß selbst in den besten Jahren die Leistungsfähigkeit der deutschen Zementindustrie nur zu 60 bis 70 % ausgenutzt wurde. Alle Neuanlagen trugen nur dazu bei, daß für die Aufrechterhaltung der Kartellbeziehungen immer größere Summen geopfert wurden, die, auf die Preise umgelegt, den Zement verteuerten. Ferner sind dadurch die Außenleiter großzügiger worden; keine Auslegungsgünstigkeit werden etwas daran ändern, daß die Zementverbände mit ihrer unsinnigen Preispolitik die Konkurrenz selbst geschaffen haben. Zudem sind viele Außenleiter nur entstanden, um sich von einem Zementverband aufkaufen zu lassen; es ist bekannt, welche gewaltigen Summen dazu verwendet wurden. Anfang 1931 wurden mit den noch aufzunehmenden Werken Anschließungsverhandlungen geführt, sie scheiterten aber — wie behauptet wird, an dem zu weitgehenden Forderungen der Außenleiter. Der Kampf um den Absatz wird in verschiedensten Formen durchgeführt. Die Differenzen haben sich außerordentlich zugespitzt.

Der Weltdeutsche Zementverband behauptet in seinem diesjährigen Jahresbericht, die Ende 1930 verordnete 10prozentige Preislenkung habe die Zementindustrie besonders hart betroffen. Er behauptet das heutige Preisniveau als gänzlich unzureichend und aufbesserungsbedürftig. Man steht daran, daß diese Kartellgesellschaften immer noch nicht begriffen haben, was zu tun ist. Mit Preisserhöhungen lassen sich die Dinge nicht meistern, das führt lediglich dazu, daß der Verbrauch noch mehr zurückgeht. Ueberdies wird damit der Anreiz für Außenleiter erhöht. Die Erhaltung unrentabler Werke durch künstlich fortwährender Preisserhöhungen macht die Schwierigkeiten nicht geringer.

Daß sich die Verhältnisse ins Unerträglichere gesteigert haben, beweist am besten die Bilanz der Döckerhoff-Widling

A.-G., des größten deutschen Zementkonzerns. Diese Gesellschaft wurde erst im Oktober 1931 zur Sanierung des Widling-Konzerns, bei dem die unsinnige Expansionspolitik getrieben worden war, durch Fusion der Widling A.-G. und der Döckerhoff G. m. b. H. gegründet. Die Sanierung ist mißlungen; für 1931 wird bei 27 Mill. M. Kapital ein Verlust von 4 Mill. M. ausgewiesen, der sich unter Berücksichtigung einer ausgeübten Reserve auf 6,5 Mill. M. stellt. Bei einer Gesamtzahl von 293 Mätern ist beabsichtigt die Jinsenlast auf 3,1 Mill. M. Es leuchtet auch dem Laien ein, daß diese Jinsenlast viel zu hoch ist. Die Betriebe sind nur zu 50 % ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt gewesen. Eine Reihe der Betriebe liegt still. Für die nicht arbeitenden Betriebe müssen aber die Abschreibungen und Jinsenlasten auch aufgebracht werden. Dadurch ergibt sich eine Belastung, die der Konzern auf die Dauer nicht tragen kann. Wenn es nun wieder so dargestellt wird, als wenn die Außenleiter daran schuld seien, daß der Großkonzern in diese Schwierigkeiten geraten ist, so vermag man damit die Verantwortlichkeit irre zu führen. Der große Verwaltungsapparat des Konzerns ist nicht eingeschränkt worden, obwohl Arbeiter massenhaft befragten nach dem letzten Geschäftsbericht 70 000 M. im Jahre. Uebrig für Entnahmen, Sondervergütungen, Reisekosten usw. ausgemorfen werden, weiß man nicht, da ja diese Ausgaben unter Generalunkosten verbucht werden. Hier stehen sich bedeutende Einsparungen machen.



...Damit wir wieder zum Heiligsten kommen, das es auf dieser Welt gibt: zur Frau, die Magd und Dienerin ist.“

(Der nationalsozialistische Theoretiker und Reichstagsabgeordnete Gottfried Feder in der „Flamme“, Nürnberg, vom 26. Juni 1930.)

Dann wird darauf hingewiesen, daß der Export fast ganz zum Erliegen gekommen sei. Das ist richtig. Auf dem heimischen Markte verdrängt uns die englische Konkurrenz, und die Wirtschaft leidet unter dem Anzeichen eines allseitigen Niederganges. Die neue Handelspolitik der Papen-Regierung, die einseitig agrarischen Interessen dient, bringt das Ausland immer mehr gegen uns auf. Es war aber schon immer ein großer Fehler, auf mögliche Wünsche im Ausland hin die Leistungsfähigkeit der Werke zu erweitern. Würde die innere Bauwirtschaft angetregt, so würde sich die Geschäftslage der Zementindustrie von selbst heben. Hierzu hat aber die Zementindustrie bisher sehr wenig getan. Die Schwierigkeiten der Zementindustrie sind von den Kartellgesellschaften zum erheblichen Teil selbst verschuldet. Man hat in Zeiten günstiger Baukonjunktur die Preise rückwärtslos erhöht und die Werke in einem Maße ausgebaut, daß die Katastrophe bei Wende der Wirtschaftslage unausbleiblich war. Die Arbeiter sind jetzt die Leidtragenden.

Arbeitsvertrag — Fürsorgearbeiter.

Im Artikel 157 der Deutschen Reichsverfassung heißt es: Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutze des Rechts. Das Recht schafft ein einheitliches Arbeitsrecht. Diese Gebote scheitern heute in das Gegenstück der Verfassung. Selbst Deutschland mit Verfassungen regiert wird, ist das Arbeitsrecht nicht etwa „einheitlich“, sondern nur verworren er worden. Man hat sich die schwersten Eingriffe in das Arbeitsrecht erlaubt und schämt dem Gedanken zu schubden, die Arbeitskraft ihres Schutzes vollständig zu berauben und das Arbeitsrecht überhaupt zu beseitigen.

Die Fürsorgearbeit wächst. An die Stelle der privaten Unternehmer treten die Gemeinden. Mit wahrer Wollust bemüht man sich aller Arbeiter, die auch nur den leisesten Schimmer von Hoffnungsarbeit haben. Zwar bestehen darin noch einige Einschränkungen, aber der Zug der Zeit geht dahin, einfach alles in Hoffnungsarbeitsverhältnis auszuführen zu lassen. Der damit erzielte Nutzen ist freilich unstrittig. Der Steuerung der Arbeitslosigkeit wird damit nicht gedient, Gerade den Bauarbeitern droht die Arbeitslosigkeit, auch noch den letzten Rest der ihnen noch verbleibenden Arbeitskraft zu verlieren. Man werfe nur einen Blick auf die Wohnungsfrage. Dort führt man ausgeprobenes Bauarbeiten in reuwilligen Arbeitsdienst aus. Zweck der Übung: Die Löhne sollen auf ein Minimum herabgedrückt werden!

Groß sind heute die Lasten der Gemeinden durch die ungeheure Arbeitslosigkeit. Deshalb gehen sie immer mehr dazu über, ihre Wohlfahrtsunterstützungsempfänger Arbeit ausführen zu lassen, die aus Fürsorgemitteln finanziert werden. Diese Fürsorgearbeiter sind aber keineswegs so rechtslos, wie vielfach angenommen wird. Zu unterscheiden ist hier zwischen den Fürsorgepflichtarbeitern und den sogenannten Wohlfahrtsarbeitern. § 19 der Fürsorgepflichtverordnung gibt den Gemeinden das Recht, die Gewährung der Fürsorgeunterstützung von einer bestimmten Arbeitsleistung abhängig zu machen. Diese Arbeiten müssen aber zufälliger Art sein. Dem freien Arbeitsmarkt dürfen dadurch keine Arbeiten entzogen werden. Arbeiten, die eine ständige Arbeitskraft erfordern (Straßenreinigungsarbeiten, Müllabfuhr usw.) können nicht als Pflichtarbeiten ausgeführt werden. Wird ein Arbeiter

mit Arbeiten beschäftigt, die er nur auf Grund seiner Unterfützung zu leisten hat (Pflichtarbeit), dann begründet dies keinen Anspruch auf Lohn. Vor allem kann diese Arbeit nicht zum Erwerb einer Anwartschaft auf Lohn dienen. Werden trotzdem Pflichtarbeiter zur Arbeitslosenversicherung angemeldet und erhalten sie dann aus diesem Grunde Lohn, so können die Gemeinden zum Erlaß des dadurch der Reichsanfall auferlegten Aufwandes herangezogen werden.

Den Gemeinden geht es hauptsächlich darum, ihre Wohlfahrtsunterstützung unterzubringen. Arbeiter nur zu beschäftigen, um ihnen den Anspruch auf Lohn zu sichern, ist nach § 217 Abs. 1 WVG verboten. Wollen die Gemeinden trotzdem diese Leute los werden, dann kann das nur auf Grund eines freien Arbeitsvertrages geschehen. Das Reichsarbeitsgericht hat wiederholt entschieden, daß auch der Arbeitsvertrag der Fürsorgearbeiter der tariflichen Regelung unterzogen werden kann. Dem Träger der Arbeit steht frei, im Einvernehmen mit dem zuständigen Arbeitsamt zu vereinbaren, w o l c h e r Tarifvertrag Anwendung finden soll. Eine solche Regelung muß jedoch vor Beginn der Arbeit geschehen, geschieht es später, dann hat sie keine rückwirkende Kraft. Es ist eine solche Vereinbarung, dann kommt je nach Art der Arbeit der hierfür zuständige Tarifvertrag in Anwendung. Ist ein solcher Tarifvertrag nicht vorhanden, dann gelten die ortsüblichen Löhne. Darunter ist der Lohn zu verstehen, der für gleichartige Arbeiten am Orte bezahlt wird.

Wir sehen also: Noch sind wir nicht völlig rechtslos! Viele geben aber dieser Rechte verloren, weil sie sie aus Unkenntnis nicht beanspruchen, oder weil ihnen der Schutz der Organisation fehlt. Der Kurs der Reaktion geht auf Abbau und Entschärfung der Arbeiter. Das muß die Arbeiterbewegung veranlassen, sich um so enger zusammenzuschließen. Deshalb hinein in die freien Gewerkschaften! Wachstet mit in unseren Reihen!

Andreas Huberger.

Schaff Arbeit!

Der Vorsitzende des DGB, Kollege Leipart, verfaßte kürzlich im „Berliner Tageblatt“ einen beachtenswerten Artikel über Arbeitsbeschaffung. Nachdem er die Dringlichkeit der Beschaffung von zusätzlicher Arbeit nachgewiesen, schreibt er:

„Es müssen solche zusätzlichen Arbeiten in Gang gebracht werden, die wirtschaftlich nützlich sind und von deren Kostenaufwand ein möglichst großer Teil auf die Löhne entfällt — Straßenerhaltung und Straßenbau, landwirtschaftliche Meliorationen und Siedlungen, Hochwasserschutz, Kleinwohnungsbau und Unterhaltung des vorhandenen Wohnraumes, Aufträge der Reichsbahn und der Reichspost. Bei der Durchführung der Arbeiten müssen die beschäftigten Arbeitskräfte den üblichen Tariflohn erhalten; die Arbeitszeit darf höchstens 40 Stunden in der Woche betragen. (Für die Deckung der Kosten sind in erster Linie die durch die Wiederbeschaffung von Arbeitslosen ersparten Unterfützungen sowie die von ihnen aufzubringenden Steuern und Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu verwenden. Darüber hinaus müssen sämtliche noch aufreihbaren Mittel herangezogen werden.“

Die Forderungen der Gewerkschaften zur Arbeitsbeschaffung sind hier klar herausgearbeitet. In den weiteren Ausführungen behauptet Leipart: die Finanzverwaltung, der Mittelpunkt steht die Kombination der Arbeitsbeschaffungsanstalten mit einer Reduktion der Banken. Die Gewerkschaften seien keine Befürworter neuer Finanzpolitik Abenteuer und wünschten die Aufrechterhaltung der Währung. Leipart schloß seine Forderungen und Mahnungen folgendermaßen: „Die Gebild und die Spannkraft des Volkes sind so gut wie ausgeschöpft. Es kann kein gefährlicheres Abenteuer geben, als die Entwicklung ihrem natürlichen Laufe weiter zu überlassen. In zwölft Stunden können wir uns nicht mehr den Luxus der Politik des Wartens leisten!“

Auch die Jugend hat ein Recht auf Arbeit!

In der Gewerkschaftsbewegung war es selbstverständlich, bei Reueinstellungen und Entlassungen auf besonderen Schutz der Verheirateten zu sehen. Verheiratete mit Kindern genossen besondere Vorzüge. Das ist auch heute so. Mit Recht! Stehen aber nicht heute hinter den Verheirateten die Scharen der Jugend, die ausgelert haben und die nie richtig an das Arbeiten kamen? Riegt die Jugend nicht ihren Eltern auf der Suche, jahraus, jahrein? Verheiratete die nicht ihre Berufskennntnisse? Wird sie nicht der Ordnung entwichen? Als die Soldaten aus dem Krieg kamen, fanden die Eltern von ihnen einen tubenden Pol, ihre Familie, ihren Beruf, die jungen Kriegsteilnehmer waren aber entwürdet. Sie hatten keinen Beruf, in der Ordnung der Arbeit und in das Leben wieder hineinzu kommen. Hat die Nachkriegsjugend jetzt schon die Möglichkeit gehabt, mit der Arbeit und dem Leben zu verachören? Wird die Jugend nicht in einem wirtschaftlichen Krieg groß? Lebt sie nicht von der Hand in den Mund, von Tag zu Tag, ohne Ziel, ohne Aussicht auf Besserung? Wächst sie nicht dem Radikalismus und der Romantik in die Arme? Auch die Jugend hat ein Recht auf Arbeit! Auch junge Menschen sind heute teilweise Erhalter der Familie! Auch junge Menschen brauchen Arbeit, um einen Ball im Leben zu gewinnen und Ausgangspunkte für ihr Denken und ihr Handeln zu bekommen. Wenn also Reueinstellungen oder Entlassungen vorgenommen werden, dürfen nicht nur Alter und Verheiratetheit als soziale Maßstäbe gelten. Die heutige Reueinstellung erfordert besondere Maßstäbe, auch bei der Behandlung der Jugend. Auch die Jugend hat ein Recht auf Arbeit! Reigt der Zeit entsprechende wahrhaft soziale Maßstäbe bei Reueinstellungen und Entlassungen an. G. S.

Zum Abgang des Reichskommissars für vorläufige Kleinfindlung.

Die Dienstgeschäfte des Reichskommissars für vorläufige Kleinfindlung sind mit dem 1. August auf das Reichsarbeitsministerium überlegt worden. Der Reichskommissar Dr. S a a f e n, der wieder in sein früheres Amt als Regierungspräsident des Regierungsbezirks Trier zurückgeht, veröffentlicht im Reichsarbeitsblatt einen ausführlichen Rückblick über die vorläufige Kleinfindlung. Die Angaben dieses Berichtes sind den Lesern des „Grundstein“ zum großen Teil aus früheren Veröffentlichungen bekannt. Aus der Veröffentlichung erfahren wir nunmehr, daß mit den 78 Millionen Mark des ersten und zweiten Bau-

abgeschlossen zusammen rund 27000 vorstädtische Kleinstedlungen und 80000 Kleingärten errichtet werden.

Die Frage, inwiefern dem Baugewerbe durch die Siedlungsbauten Arbeitsgelegenheit gegeben worden ist, bleibt leider unbeantwortet.

Verständlich geschieht die Geländeausschließung und Bodenverbesserung getrennt von den eigentlichen Bauarbeiten im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes.

Wir haben wiederholt nachgewiesen, daß der freiwillige Arbeitsdienst unwirtschaftlich arbeitet. Wir sind auch nach wie vor der Meinung, daß die Verwendung von Siedlern, die nicht Facharbeiter sind, unwirtschaftlich ist.

Demgegenüber wollen wir noch einmal feststellen, daß die Durchführung des Siedlungsbaues selber nur deshalb möglich war, weil man die gelernten Bauarbeiter in einer verhältnismäßig hohen Zahl als Siedler zugelassen hat.

So leben wir!

Die Grün und Wälfinger AG, Mannheim, eines der wenigen großen Baugesellschaften in Deutschland, veröffentlicht ihren Jahresbericht.

Ueberlegungen zur Volksfürsorge.

Die Volksfürsorge, ein Kind der Gewerkschaften und der Partei, soll das auch in weiträumigen Kreisen vorhandene Bedürfnis nach privaten Versicherungen, vor allem nach Lebensversicherungen, befriedigen.

uns feindselig gesinnten Kreisen auf die Volksfürsorge bezuglich auf Verleumdung. Die Volksfürsorge steht fester als irgendeine andere Versicherungsgesellschaft.

Trotz der finanziellen Nöte unserer Zeit hat — wie die Volksfürsorge mittelst — der weitaus größte Teil der Versicherer sich um die Aufrechterhaltung der Versicherung bemüht.



... Im Hofe wurde sie (eine antifaschistische Frau) über die Wagendeichsel gelegt und solange mit der Fahrpoltsche bearbeitet, bis kein weißer Flecken mehr auf ihrer Rückseite war.

(Der oberste SA-Führer in Sachsen, M. von Killinger, in seinem Buche: „Erstes und Letztes aus dem Putschleben“, S. 15.)

werden von denen, die das Glück haben, länger zu leben. Die Volksfürsorge ist deshalb gewungen, eine sogenannte Prämienreserve anzulegen, die die Auszahlung der vollen Versicherungssumme in jedem Falle garantiert.

Ueber diese Dinge geben die Rechnungsstellen und Vertrauensleute der Volksfürsorge genaue Auskunft. Der Rückkauf ist voller Verkauf des Versicherungsschlusses und trifft jeden Versicherungsnehmer hart.

Deutscher Mietertag.

Vom 11. bis 14. August 1932 hielt der Bund Deutscher Mietervereine, Sitz Dresden, seinen 26. deutschen Mietertag in Würzburg ab.

Die Vorträge wiesen auf den Mangel an Kleinwohnungen, auf die Notwendigkeit der Instandsetzung der Altimwohnungen hin und forderten die Fortsetzung des Wohnungsbaues von bevölkerungspolitischen und sozialhygienischen Standpunkt aus.

Die Tatsache, daß die Vorträge ohne eine Aussprache gehalten wurden — nur unter dieser Voraussetzung wurde insolge des Wurgfusses von der Polizei diese Tagung gestattet —, verbindete uns, unsere Meinung dazu zu sagen.

des Herrn Dr. Engelsmann gegenüber, daß die Teilung von Altimwohnungen gefördert werden müßte. Wir sind der Überzeugung, daß dem nicht nur große Schwierigkeiten entgegenstehen, sondern daß auch von einer Verbilligung der dadurch geschaffenen Wohnungen nicht groß die Rede sein wird.

Brief aus Südafrika.

Schlechte Wirtschaftslage. Galte Partei und Gewerkschaften die Treue!

Aus Plumstead schreibt uns ein Kollege: „Vom 15. Januar an habe ich mit wenigen Ausnahmen (kleinere Arbeiter), keine geregelte Tätigkeit mehr. Werde auch vorwiegend keine mehr haben.“

Ist auf dem freien Arbeitsmarkt wirklich mal Gelegenheit vorhanden, Arbeit zu erhalten, so ist das Anbieten „meiner“ Arbeitskräfte vollends aussichtslos; da sich die Masse der in den Städten zusammengezogenen „farbigen“ Handwerker weit unter Tariflohn anbietet und bei behördlicher Kontrolle den Meinedi leistet.

Wir Proleten im fremden Lande mit mangelhaftem Arbeiterfuß, ohne Sozialversicherung, wünschden den Unzufriedenen unsere Erkenntnis. Dann würden sie auch erkennen, um was es geht, und der Partei und den Gewerkschaften die Treue halten und dafür sorgen, daß die Front der Ausbeuter und der Ausbeuteten klarer wird.

„Der Sozialismus marschiert und wird siegen!“

Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund.

Zustellungsergebnis vom 1. August 1932.

Table with 5 columns: Bezirkverband, Beschäftigte Bau-gewerkschaften, Mitgliederzahl am Wochen-schluß, Arbeitslose (Anzahl, %), Die Woche vorher (%). Rows include Königsberg, Danzig, Estefin, Breslau, Berlin, Magdeburg, Erfurt, Frankfurt, Köln, Dortmund, Hannover, Bremen, Hamburg, Rostock, Dresden, Nürnberg, München, Stuttgart, Karlsruhe, and a summary row for the week.

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: Gesperrt sind die Arbeiter des Unternehmers Schnauer, Niederbüllau (Lübeck), Baustellen Osthof Wiltschick bei Reinfeld wegen unerwarteten Lohnabwärters und die Arbeiter der Firma Wierbeck in Norden wegen Tarifstreiks.

Löpper: Gesperrt sind: In Grimnitzsch die Firma Sejinger, in Hopfenstein-Ernstthal Eugen Wolf.

Aus der Sozialgesetzgebung

Was ist Pflichtarbeit — wer muß sie leisten?

Zur Leistung von Pflichtarbeit können nach § 91 RVO herangezogen werden die Empfänger von Arbeitslosen (Alu) und von Krüsenunterstützung (Kru). Für die Alu-Empfänger über 21 Jahre besteht jedoch nur ein Vorbehalt, wogegen für die übrigen, also Alu-Empfänger unter 21 Jahren und sämtliche Kru-Empfänger ohne Rücksicht auf das Alter ein Vorbehalt besteht. Die Kannvorschrift ist so aufzufassen, daß die Unterfertigungszahlung von einer Arbeitsleistung abhängig gemacht werden kann, wogegen die Aufvorschrift die Unterfertigungszahlung von einer Arbeitsleistung abhängig machen muß. Weiter sind zur Leistung von Pflichtarbeit verpflichtet: Wohlfahrtsunterstützungsempfänger (Wohlu) entsprechend § 19 der Verordnung über die Fürsorgepflicht. Hierbei ist allerdings zu unterscheiden, ob es sich um ein öffentlich-rechtliches Unterfertigungsverhältnis oder um ein privatrechtliches Arbeitsverhältnis handelt. Im letzteren Fall hat der zur Pflichtarbeit herangezogene Wohlfahrtsverwehrlöse den Anspruch auf Tariflohn und alle sonstigen Rechte, die ein im freien Arbeitsverhältnis Beschäftigter hat. Die Frage, ob bei der Beschäftigung nach § 19 der FürsV ein öffentlich-rechtliches Unterfertigungsverhältnis oder ein privatrechtliches Arbeitsverhältnis vorliegt, kann nur aus den Umständen des einzelnen Falles festgestellt werden. Das Reichsarbeitsgericht hat zu dieser sehr umstrittenen Frage in mehreren Entscheidungen Stellung genommen und dabei besondere Gründe aufgestellt, aus denen nachzuprüfen ist, was die Parteien bei Eingehung des Beschäftigungsverhältnisses gewollt haben. Ist die Unterfertigung von dem Fürsorgeträger angezogen, so kann immer ein privatrechtliches Arbeitsverhältnis angenommen werden. Dabei ist der Wille der Beteiligten bei Abschluß des Arbeitsverhältnisses zu erörtern. Aus der Willensunterlegung des Fürsorgeträgers muß unter Berücksichtigung der gesamten Umstände zu erkennen gewesen sein, daß ein privatrechtlicher Arbeitsvertrag vorliegt. Bei der Vergebung von Pflichtarbeit durch die Fürsorgebehörde sollte daher darauf geachtet werden, ob nicht bei der Beschäftigung entsprechend § 19 der FürsV ein privatrechtlicher Arbeitsvertrag vorliegt. Der Personenkreis ist also, wie erwähnt, enorm, wenn man bedenkt, daß es heute Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen gibt, die wegen der Wirtschaftskatastrophe zur Leistung von Pflichtarbeit herangezogen sind. So klar der Personenkreis der Pflichtarbeiter ist, so unklar ist in den Köpfen ihrer Befürworter der Begriff „Pflichtarbeit“. Bei Pflichtarbeit ist weder ein Tarifvertrag, noch eine Betriebsvereinbarung, noch Arbeitsvertrag, sondern die Alu- und Kru-Empfänger befreit gegen den Pflichtarbeitsvertrag lediglich eine Sicherung dergestalt, daß diese Arbeiten genehmigungspflichtig sind. Der Alu oder Kru empfangende Pflichtarbeiter hat das Recht, von der ihn zu dieser Arbeit auffordernden Person (Gemeindevorsteher oder Verwaltungsbeamten) zu verlangen, daß ihm die Genehmigung des Arbeitsamtes vorgelegt wird. Im Verweigerungsfalle besteht das Recht, Pflichtarbeit abzulehnen. Vom Arbeitsamt dürfen nur solche Arbeiten als Pflichtarbeit genehmigt werden, die erstens sonst überhaupt nicht oder nicht zu dieser Zeit oder nicht in diesem Umfang ausgeführt werden würden, zweitens gemeinnützig sind, insbesonderne hilfsbedürftigen Personenkreisen zugute kommen, drittens den Arbeitslosen nach ihrem Lebensalter, ihrem Gesundheitszustand und ihren häuslichen Verhältnissen zugemutet werden können, viertens nicht ihre Vermittlung zur regulären Arbeit verzögern, fünftens ihnen keinen Nachteil für ihr späteres Fortkommen bringen. Der sogenannte Sicherung hat allerdings nur dann einen praktischen Wert, wenn die genehmigende Stelle das erforderliche Maß von Verständnis für den freien Arbeitsmarkt hat und nicht auf gut Glück draußengehinkt! Im Kampf gegen die Pflichtarbeit steht dem Arbeitslosen die Bestimmung zur Seite, nach der ihm das Recht zusteht, bei ordnungsmäßiger Ausführung der Pflichtarbeit eine angemessene Entschädigung zu fordern. Diese muß ihm

nach dem Gesetz bis zur Hälfte seines Hauptunterstützungslages gemährt werden. Anders liegen die Verhältnisse bei Pflichtarbeiten, die von den „Wohlfahrtsempfängern“ gefordert werden. Diese Arbeiten sind gewöhnlich Gemeindeforderungen und werden stets als „gemeinnützig“ bezeichnet. Letzteres trifft auch auf die Pflichtarbeiten der Alu- und Kru-Empfänger zu. Aber jetzt wird ja alles möglich für „gemeinnützig“ erklärt, beispielsweise das Ausräumen privater Gräber (öffentliche Vorflut), das Pflegen von Grünanlagen, der Nachmachdienst in den Landgemeinden, Wegebessern, Schlämmen von Dorfbächen, Straßenreinigungen usw. Die Stellen, von denen die Pflichtarbeit für die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger angeordnet wird, glauben natürlich, sie wären im Recht. Denn die anordnenden Stellen befinden sich in dem großen Irrtum, öffentliche Arbeiten seien gemeinnützig. Das ist nicht der Fall. Festgestellt ist begründend, daß einer der bedeutendsten Arbeitsrechtslehrer, Professor K a s e l, Berlin, in einem Rechtsgutachten zur Frage der Rechtsstellung des Fürsorgearbeiters nachweist, daß öffentliches Interesse privatem Interesse gleichsteht, weil der Träger öffentlichen Rechts der Träger von Vermögensrechten in privatrechtlicher Hinsicht ist. Keine Stelle hat das Recht, die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger heranzuziehen, die lediglich in öffentlichem Interesse liegen und deshalb schon als gemeinnützig bezeichnet werden, sondern die Arbeiten müssen hilfsbedürftigen Personenkreisen zugute kommen. Auch muß Pflichtarbeit zurechnend sein, also entweder überhaupt nicht oder nicht zu dieser Zeit oder nicht in diesem Umfang ausgeführt werden. All diese Voraussetzungen müssen erfüllt sein, sonst bedeutet die Ausführung einer Arbeit im Wege der Pflichtleistung einen Verstoß gegen das Gesetz. Der Wohlfahrts-Empfänger kann daraus das Recht der Ablehnung solcher Arbeiten herleiten.

Aus den Baugewerkschaften

Curpaven. (Polizeilicher Schutz für Streikbrecher.) In jeder Weise wird an den von uns gesperrten Maurerarbeiten des Herrn Ramm in Ofterndorf die Polizei zum Schutze der Streikbrecher eingesetzt. Allerdings Anstellungen und androhte Gewaltmaßnahmen durch über-eifrige Polizeiposten waren die Folge. Und die Presse erzählt Schmutzgeschichten über angeblichen Terrorismus an jener Baustelle. Wie ist der Tallbestand? Bei der Vergebung der Maurerarbeiten für Ramm's Hof bewegen sich sämtliche Eigentümer zwischen 40 000 und 45 000 M. Diese Zahlen unterhalb der Unternehmer decken sich mit dem als 10 000 M. Der Behälter Ramm überreichte ihm hierauf die Arbeit. Der neugebackene Unternehmer Schmitt, früher Maurerpolier bei Buschard & Hölz, holte sich hierauf aus den entlegenen Landgebieten, sogar aus Schleswig-Holstein, unorganisierte Maurer, um mit diesen die Arbeit auszuführen. Diese Maurer erhalten einen Stundenlohn zwischen 35 und 60 S, während der Stundenlohn für einen gelernten Maurer in Ofterndorf 81 S beträgt. Schmitt zahlt ganz unethisch, in jedem Falle aber unter Tarif. Außerdem genehmigte ihm der Landrat die Verlängerung der Arbeitszeit von 8 auf 10 Stunden und mobilisierte zum Ueberfluß ein großes Polizeiaufgebot zur Niederknüpfung seiner eigenen Kreisbewohner und zum Schutze unlauteeren Wettkämpfers auswärtiger Eindringlinge. Und dieses alles, obwohl das Reichsarbeitsministerium die Tarifverträge für das Baugewerbe für allgemeinverbindlich erklärt hat! Wegen diese Zustände führen unsere Kollegen die Einmischung der Polizeibehörde in diesen Kampf als parteilich. Der Landrat setzt Polizeikräfte ein zum Schutze unlauteeren Wettkämpfers gegen friedliche Bauarbeiter und Bürger der Stadt Ofterndorf. Aber das paßt ja wohl in die „neue Staatsführung“!

Frankfurt a. M. (Soch unsere Einigkeit!) Die Reichstagswahl am 31. Juli zeigte klar und hart die Grenzen im politischen Raum. Die Springflut der Nazis erscheint endgültig eingebremst. Hitler verlangt nunmehr die alleinige Macht als Diktator nach dem Rezept Mussolini. Wohl, nur deutschen Arbeiter sind keine italienischen Faschisten! Wir wissen uns — das beweisen unsere Geschichte — unserer Haut zu wehren. Und hätten wir eine geeinte Arbeiterbewegung — die Endkämpfer mit dem deutschen Faschismus waren ein Amüsament. Leider beginnt hier wieder — wie oft in entscheidenden schweren Stunden der Nachkriegszeit — die Tragödie der deutschen Arbeiterbewegung. Doch sind die letzten Wahltransparente nicht weggeräumt, da rülpert sich schon wieder hinter unserem Rücken, geschnitten vom Wohl-erfolg, die kommunistische Presse. Und wenn gilt diese menschenfische Kampfe, wenn gelten diese neuen, fälschlich, Angriffe? Dem stärksten und gefährlichsten Block der Arbeiterchaft, den Gemerktschaften! Wieder versucht man, anstatt zu einen, die Mitglieder gegen die Leistung aufzupuffen, Koff zu fien, Vermirung zu stiften und zu entfremden! Kollegen! Gestern noch habt ihr euch Schüler an Schüler gegen gegen drohende Angriffe der Faschisten habt euch gegenseitig nach Hause begleitet, eure Wohnblöcke geliebt, euch solidarischen Beistand gelobt. Und heute heute soll die alte, erprobten Gemerktschaften, die Reichsbannerleute, die SPD, den gemessenen schon wieder verabschiedenswürdige Kreaturen, nettschuppe Faschisten sein! Sondern ihr wieder eine Periode durchleben wie im Vorjahre? Können wir uns denn noch gefassen, angesichts der großen Gefahr zum Gaubium der Nazis wie Teufel aufeinander loszuführen? Wer das möchte, ist ein Verbrecher. Ueberall, wo die SPD, gegen den Faschismus auftrat und uns im allgemeinen ungehörigen, lief, hatte sie Stimmen geminn. In Hessen und Sellen-Massau dagegen, wo man auch während des Wahlkampfes gegen uns kämpfte, zeigte sich das Gegenteil. — Der Arbeiterchaft beider Lager steht der verzehrende Bruderkampf bis zum Halbe. Sie weiß, daß die Faschisten nur „Marxisten“ kennen, die sie mit dem Stumpf und Blut ausrotten möchten. Aber die Intelligenz der SPD, sind ja meistens nicht von unferm Fleiß, sondern ihrer sozialen Herkunft nach bürgerliche Arbeiter, die bei der SPD-Prese Unterfchlup fanden. Die Arbeiterchaft weiß weiter, daß jetzt die Probleme des Marxismus abfolut nicht zur Diskussion stehen, sie fühlt aber, was zunächst auf dem Spiele steht. Fällt der demokratische Volksstaat, so ist es aus mit Anklage und Forderung, mit Werbung und organisatorischer Sammlung, mit dem Mähen um besseren Alltag, mit der Abwehr sozial-reaktionärer Anschläge, mit Tariflohn und Arbeitsrecht, zu Hunger und Elend trifft härterer Kommandofon und leistungswidrige Willkür. Warum ist der, der heute noch den Arbeitern weismachen will, das gemerktschaftliche Mitgliedsbuch und die drei Preise seien ihre Hauptfeinde, entnembem komplex verrückt oder ein abgefeimter Deumer, Kollegen aufgepaßt! Erhalte die Einträge eurer Selbstliste! Zeigen sich die Diffamierung wieder, dann wehrt den Anfängen!

Miner i. W. Jaminen einer rastlosen, gegenrechten Tätigkeit erlitt vor kurzem unter Kollege Fritz Schmitt eine eigenartige Schwanfall mit linksseitiger Schwingung, der ihn dauerlichermaßen längere Zeit hindern dürfte. Dieser bei der Organisation tätig zu sein. Beachtet und gehört, besteht der einmütige Wunsch, ihn recht bald wieder hergestellt zu sehen. In einer Vorstandssitzung, an der der Bezirksrat teilgenommen hat, wurde der Kollege Fritz Schmitt einmütig mit der Vertretung des Kollegen Schmitt beauftragt.

Neustadt (Saarh). Am 5. August wurde in Frankenstein ein Eisenbahnunfall gemessen. Die Ausführung dieser Arbeit wurde der Firma Koppenshofer in Neustadt übertragen. Um diese Arbeit sich erhebende Arbeiter hatten sich bei einem Eisenbahnassistenten zu melden, der eingetragenes Mitglied der Nazipartei ist. Schon das ließ sie blicken. Jedoch die Bauarbeiter glaubten immer noch, nachdem die Reichsbahn Staatsgelber zur Verfügung gestellt hatte, um zeitliche Arbeit für das Baugewerbe zu schaffen, daß für diese Arbeit Bauarbeiter in Frage kommen sollten. Diese Hoffnung wurde getäuscht. An dieser Baustelle herrscht eine ganz besondere Wettern- und Wasserwirtschaft, wie man sie sonst bei Staatsarbeiten nie antreffen dürfte. Unter den Arbeitern, die bisher eingestellt wurden, befindet sich ein einziger Bauarbeiter. Jedoch sind

In der Sturmflut ...

Es war im Jahre 1909. Ich hatte von Amerika die Nase voll und schmeihte mich wieder nach Deutschland. Um die Gelegenheit zur Rückfahrt mit einem Schiff in die Heimat abzuwarten, hatte ich mich nach der auf einer Insel im Golf von Mexiko gelegenen Stadt Galveston in Texas begeben. Geld hatte ich nicht. Deshalb arbeitete ich während des Wartens bei einer Vandalverwertungsgesellschaft. Diese Gesellschaft pumpte Schlamm aus dem Golf und füllte damit wertloses Gelände auf, um es für die Landwirtschaft nutzbar zu machen. In mächtigen Röhren ergoß sich die schmutzige zähflüssige Masse auf das Land und ließ nach Verlauf des Wassers den hobbaren Schlamm zurück. Der durch die Flut angeschwemmte Dünenland wurde während der Ebbe abgekauft und zum Aufschütten verwendet. Die Arbeit bei der Vandalverwertungsgesellschaft war für uns nicht gerade angenehm. So konnten wir z. B. nur barfuß arbeiten.

Es herrschte damals eine große Hitze und die Moskito-plage war arg. Diese Plagegeister ließen einen nachts in den Logierhäusern keinen Schlaf finden. Deshalb befand ich mich fortwährend auf der Suche nach einer geeigneten Schlafstelle. Eine solche fand ich schließlich in einer ausgedienten Schlammröhre, die auf dem urbar zu machenden Gelände liegengeblieben war. In diese Röhre bettete ich mich. Die durch sie hindurchziehende scharfe Wolfbrise hielt die Moskitos von einem Besuch ab. Und ich schlief mich in dieser eigenartigen Behausung sauboh.

Eines Nachts wurde ich aus dem Schlafe gerüttelt. Ich machte eine eigenartige Entdeckung: Meine Schlafröhre war mit mir im Abrollen begriffen. Ein schwerer Sturm hatte sie in Bewegung gesetzt. Als ich mich aus dieser unheimlichen Röhre herausarbeitete, peitschten auf mich riesige Wasserfurchen auf mich ein. In der Röhre konnte ich nicht bleiben. Und so tappete ich trotz des Sturmes der etwa eine halbe Stunde von meinem Lager entfernten Stadt zu. Nur mit größter Anstrengung konnte ich die Stadt erreichen.

Der Sturm hatte sich indessen zum Orkan ausgeweitet und hatte fürchterlich in der Stadt. Die Holzhäuser wurden buchstäblich in Stücke gerissen und weit umhergeschleudert. Das Wasser war aus den Schloten gewollen, aufgeschwemmte Ratten liefen in Massen auf den Straßen umher und luden in den Häusern Unterfchlup. Nach kurzer Zeit stieg das Wasser daran, daß es über die Hofanlagen trat und die Stadt überflutete. Sämtliche Schiffe waren, um nicht beschädigt zu werden, ins Meer ausgelaufen.

Klage nicht, schaffe!

Nicht nutzlos verrinnen
Dürfen die Tage
Mit schwächlicher Klage!
Zeitig beginnen
Mit ernstem Streben,
Das heißt erleben,
Das heißt gewinnen!

Willst Du erringen
Das einzig Wahre,
Das Wunderbare,
Mußt Du Dich zwingen,
Fleißig zu schaffen —
Das Glück zu errannen,
Mußt Opfer Du bringen!

Und wenn Du gestrebt
Für Recht und Wahrheit,
Für Freude und Klarheit,
Und dann erlebtest,
daß es gelungen,
Daß das Unrecht bezwungen —
Dann hast Du ein schönes Dasein gelebt!

Teels.

Es war eine schreckliche Nacht. Die einzige nach dem Festlande führende, drei Meilen lange hölzerne Eisenbahnbrücke war zerstört und keine Verbindung mit der Insel mehr vorhanden. Neben den verbleibenden Mäuerbrocken und mannigfaltigen Geräten wurden ganze Holzhäuser auf dem Wasser umhergetrieben.

Der Sturm hielt auch noch den ganzen Tag an. In den folgenden Nacht stauete er dann etwas ab. Doch als sich das Wasser verlaufen hatte, waren die Straßen fußhoch mit Schlamm und toten Tieren aller Art bedeckt. Menschen waren ebenfalls ertrunken. Auf den Friedhöfen hatte das Wasser die Leichen herausgespült. Das Vieh, das zu den auf der Insel befindlichen Farmen gehört hatte, war bis auf das letzte Stück vernichtet. Im Jahre 1902 hatte die Regierung von Texas nach einer schweren Sturmflut, wodurch fast die ganze Stadt vernichtet wurde und tausende Menschen umgekommen waren, einen Zementwall um den Golf im Stab-gedicht errichten lassen. Dieser Wall war oben acht Fuß breit, dennoch waren in ihn durch die Gewalt des Sturmes und der Wellen und der angefahrenen Gegenstände große Brechen geschlagen worden, so daß die Fluten in die Stadt eindringen und diese Ueberflutung verursachen konnten.

Nach der Katastrophe wurde dann der Ausnahmestand über die Stadt verhängt und jeder arbeitsfähige Mann angeworben, sich an den Aufräumungsarbeiten zu beteiligen. Das gleiche Los traf auch mich. Ich war bei der Kolonne tätig, deren Aufgabe es war, die toten Tiere der Art auf Säufen zusammenzuschuppen, sie mit Petroleum zu begießen und zu verbrennen.

Einige Tage vor dieser Sturmflut hatte mir ein Schiffer angeboten, ich sollte mit ihm auf seiner Barke hinaus in den Golf zum Fischen fahren. Aus irgendwelchem Grunde lehnte ich dies im letzten Moment ab. Weder Barke noch Fischer hat man jemals wieder gesehen. Mir wäre es, hätte ich diese Fahrt mitgemacht, ebenlo ergangen. So aber fand ich nach einiger Zeit Gelegenheit zur Rückfahrt nach Europa und landete nach glatter Fahrt im Hamburger Hafen.

Julius Geisler, Chemnitz.

Leute dort beschäftigt, die als ständige Arbeiter in Staats- und Privatbetrieben geführt und bei dieser Arbeit vortäuschend eingestellt sind. Außerdem erklärte der Beginn der Arbeit der Polizei, es würden nur 50 % je Stunde gezahlt, täglich neun Stunden gearbeitet. Ferner wird nach wie vor in diesem Falle die ganze Art und Weise paßt in diesem Falle wie die Faust aufs Auge. Niedriger Lohn, verlängerte Arbeitszeit, und die Bauarbeiter, für die Arbeit beschäftigt werden soll, bleiben draussen, die selben Wohlfahrtsempfänger. Jedemfalls ist auch das ein Teil der neuen Staatsführung. Noch vielleicht wird noch der am 16. Juli gefällte Schiedspruch im Baugewerbe für alle gemeinverbindlich erklärt, dann könnte diese Firma wegen unläuterer Wettbewerbs verklagt werden. Den an dieser Baustelle beschäftigten Protesten aber wäre dringend anzuraten, sich dem Deutschen Baugewerksbund anzuschließen und den Tariflohn zu verlangen. In dem Staat richten wir die Anfrage, ob es in seiner Absicht liegt, solche Bauarbeiten zu Schindulohn auszuführen und außerdem noch Lebenslöhne zu zahlen?

Aus den Fachgruppen

Löpfer und Pflegeter.

Erinich (Löpferhütte). In der Zeit des tiefsten wirtschaftlichen Niederganges haben Erinicher Schweißlöpfer den Mut aufgefaßt, einen stillgelegten Betrieb nachweislich zu übernehmen. Arbeitslose Kollegen wurden eingestellt. Bald war der Betrieb strom im Gang. Er verfügt bereits über ein großes Konlage; an Aufträgen fehlt es auch nicht. Lobende Anerkennungen über die geleistete Ware liegen bereits vor. Die Kollegen des Bauergewerksbundes seien auf diesen Betrieb ganz besonders aufmerksam gemacht. Es werden darin gefertigt: dünnste Gänge, Düselköpfe, Einmachköpfe, Büchsen, Flachsen, Krüge, Futterköpfe, Stummelköpfe, Inletköpfe, Wolkonkassen, als besondere Spezialität: Topf- und Wasserschloßbrand und Deckel, auch Pflanzenmüllschöpfe in allen Größen. Durch die GEG werden alle Konsumvermeine mit dieser Ware beliefert. Die Kollegen können aber auch die Ware direkt beziehen von der Löpferhütte Erinich A.-L., Bergener Str. 13. Kollegen, deckt eure Bedarf an Lohnarbeit bei dieser Löpferhütte oder berlangt im Konsumverein deren Erzeugnisse!

Aus der Bauarbeiter-Internationale

Der Gesamtvorstand der Bauarbeiter-Internationale in Zürich.

(B.-I.) Am 3. und 4. August 1932 war in Zürich der Gesamtvorstand der Bauarbeiter-Internationale versammelt. Die Bauarbeiter-Internationale zählte im Jahre 1931 in den 19 Ländern 24 angeschlossene Organisationen.

Politische Zeitnotizen

Der deutsche Schmutzlini. Nachträglich wird bekannt daß Hitler im Verlauf der Aussprache mit Hindenburg über eine Kabinettsbildung unter Einfluß der Nazis nicht nur das Reichskanzleramt gefordert, sondern für sich auch die Stellung beanprucht hatte, die Mussolini nach dem Marsch auf Rom befehlen habe. Das war dem Reichspräsidenten denn doch zu starker Tobak. Mit der Wiedertragung des Reichskanzleramtes auf Hitler hätte sich Hindenburg vielleicht noch ausgelassen, aber eine solche Forderung, die den Reichspräsidenten zur Marionette gestempelt hätte, lebte er doch entschieden ab. Aber der Vorgang zeigt, was in Deutschland geworden wäre, wenn anstatt Hindenburg Hitler Reichspräsident geworden wäre. Im übrigen kennzeichnet dieser Vorgang den Oberlauf zur Gewalt. Bei einem Menschen, der allseitig noch mehr angeheimelt wird als Wilhelm der Letzte, sind solche bedenklichen Symptome jedoch unaussprechlich.

Hitler propagiert das Faustrecht. Für jeden einzelnen denkenden Menschen ist klar, daß die Ansprüche auf Leben und Eigentum deutscher Staatsbürger in der Hauptsache von Nationalsozialisten begangen worden sind. Das beweist vor allem die Art dieser Greuelthaten. Anfangs haben die Nazis das abgelehnt. Als das nicht mehr ging, erstand man dafür ein „Bedauern“, schließlich wurde aus dem Bedauern „menschliches Verständnis“, und dann entstand aus dem menschlichen Verständnis „begreifliche Notwehr“. Heute geht man bereits einen Schritt weiter und spricht von einem „Recht der SW-Leute auf Vergeltung“. So verkündete der Oberbefehlshaber der Hitlerischen Privatarmee am 17. August im „Hitlerischen Beobachter“: „In berechtigter Abwehr der marxistischen Brutalitäten ist in einigen besonders bedrohten und heimgegriffenen Gebieten scharfe Notwehr und Vergeltung erfolgt. Ich sehe als mein zehrentpflichtig, den Männern, die in Zusammenhang ihres Notwehrrechts und deshalb unter Verfolgung und Strafe gestellt wurden, in jeder mit möglichen Weise beizustehen.“ Und Hitler erklärte in einem „Interview“, es gebe ein Recht der Notwehr, das sich die Nazis auf die Dauer nicht abwenden lassen durch die „dummen Pfaffen von Ruhe und Ordnung“. Er werde sich gezwungen sehen, den „Paß“ ein Notwehrrecht zu beschreiben. Die Reichsregierung hat demgegenüber zum Ausdruck gebracht, für den Schutz der Bürger sei die Polizei da, sie werde kein „Notwehrrecht“ von Parteien dulden. Diese Erklärung ist sehr lendenab. Wenn nicht eifern zugegriffen und Blättern, die solche „Proklamationen“ veröffentlichten, sofort energisch aufs Haupt getippt wird, wenn man alles „wohlwollend“ so weitergehen läßt, dann darf man sich nicht wundern, daß der Terror weiterreißt und schließlich zum Bürgerkrieg ausartet. In zivilisierten Ländern werden Leute, die mit solchen Kraftworten jonglieren, hinter Schloß und Riegel gebracht. Das aber kann man in Deutschland nicht erwarten.

„Wie die Nazi-Pressen läßt!“ Unter dieser Schlagmarke setzen wir in der vorigen Nummer des „Grundstein“ eine See- und Eigennoß des nationalsozialistischen „Angriff“

mit 897.403 Mitgliedern. Verglichen mit den Zahlen des Vorjahres ergibt sich eine Verminderung um 71.846 Mitglieder, die in der Hauptsache zurückzuführen ist auf die in fast allen Ländern zu beobachtende schlechte Bautätigkeit. Das Baugewerbe ist von der Wirtschaftskrise am härtesten betroffen. Jetzt, in einer Zeit, in der sonst im Baugewerbe Hochkonjunktur herrscht, sind in der Mehrzahl der berichtenden Länder die Bauarbeiter bis zu 80% arbeitslos. — In der Aussprache über das Problem der Arbeitsbeschaffung wurde von allen Rednern betont, daß die Maßnahmen der Regierungen in dieser Hinsicht als durchaus unzulänglich zu betrachten seien. Wollte man die Arbeitslosigkeit ernsthaft bekämpfen, dann müsse in allen Ländern die Bautätigkeit in Gang gebracht werden. Dadurch würden nicht nur die Hunderttausende arbeitsloser Bauarbeiter Beschäftigung finden, sondern auch viele Tausende Arbeiter anderer Berufe. Überall fehlen gesunde, billige Wohnungen für die Arbeiterschaft; Kultur- und Verkehrsbauten sowie volkswirtschaftlich notwendige Anlagen wie Land- und Wasserstraßen, Talperrren mit Kraftwerken, Elektrifizierung der Eisenbahnen und dergleichen mehr. — Der freiwillige Arbeitsdienst, der die jugendlichen Arbeiter von der Straße wegrbringen soll, ist ein Palliativmittel, das die durch das kapitalistische Wirtschaftssystem heraufbeschworene Krise und die damit verbundene Arbeitslosigkeit nicht einmal mildern kann. Außerdem droht damit den Bauarbeitern die Gefahr zu ihnen durch den freiwilligen Arbeitsdienst Arbeitslosigkeit finden, sondern auch beruflich zuständig sind. Aus diesem Grunde und auch deshalb, weil die im freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigten jungen Arbeiter dem moralischen Einfluß der Gewerkschaftsbewegung entzogen werden, lehnt der Gesamtvorstand der Bauarbeiter-Internationale diese Art der Arbeitsbeschaffung ab. Der Gesamtvorstand hält die Aufstellung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms durch die Bauarbeiter-Internationale für unangebracht, weil das Baugewerbe an sich in der Hauptsache auf lokale und nationale Bedürfnisse angewiesen ist, und auch deshalb, weil eine Anzahl gewerkschaftlicher Landeszentralen die Forderungen der Bauarbeiter in ihren Arbeitsbeschaffungsprogrammen berücksichtigt. Ungeachtet dieser Einstellung wird die Bauarbeiter-Internationale bereits vorhandene oder noch auftauchende internationale Arbeitsbeschaffungsprogramme fördern helfen, besonders in jenen Fällen, wo es sich um die Arbeitsbeschaffung in notleidenden Ländern handelt. Der Gesamtvorstand ermächtigte den Geschäftsführenden Ausschuss, in besonderen Fällen jugendlichen Bauarbeitern die Teilnahme an Schulungs- und Bildungskursen sowie an Studienreisen durch Zuschüsse aus der Kasse der Bauarbeiter-Internationale zu ermöglichen. Die Drucksachen und Berichte der Bauarbeiter-Internationale sollen künftig auch in spanischer Sprache erscheinen; bisher waren die Berichtsprachen spanisch, deutsch, englisch, französisch. — Durch eine Anfrage bei den angeschlossenen Organisationen soll festgestellt werden, ob und in welcher Weise eine regelmäßige Berichterstattung über den Baukostenindex durchführbar ist. — Die nächste Konferenz der Bauarbeiter-Internationale ist im Jahre 1933 in Brüssel.

Nationalsozialistische Zwielpfichtigkeit. Die Nazis sehen die Bekämpfung der Konjunktionsgefahren als eine ihrer Hauptaufgaben an. Nicht weil sie den Genossenschaftsgedanken verleugnen, sondern weil die Konjunktionsgefahren dem Mittelstand Konkurrenz machen. Der Mittelstand schmunzelt, wenn in Konjunktionsgefahren Bomben fliegen, vergegenwärtigt sich aber nicht, daß die Führer der nationalsozialistischen Bewegung sich selbst auf dem Standpunkt sehen, daß der betretene Zwielpfichtigkeit ausgehakt werden muß. Die Nazis haben in ihrer Reichstagsrede ein mächtiges Warnungsgeschehen, und der Verbrauch der sogenannten Sturmgeschossen wird den Parteimitgliedern zur moralischen Pflicht gemacht. Der Nazi Scherer in Koffbus verstande an die Ortsgruppen ein Schreiben, in dem es heißt: „Eine große, angelegene und sehr alte deutsche Tuchfabrik hat sich zum Ziele gemacht, ihre eigenen hochwertigen Erzeugnisse auf dem billigen Wege dem letzten Verbraucher zuzuführen. Dies bedingt die mögliche Ausschaltung des Zwischenhandels, da durch diesen der Preis der Ware ganz erheblich veräuert wird.“ In dem Schreiben wird dem Nazis empfohlen, die Erzeugnisse dieser Tuchfabrik, deren Inhaber Nationalsozialist ist, zu beziehen. Was sagt der Mittelstand zu diesen Vordängen?

Ein richtiggehender Nationalsozialist? Der nationalsozialistische Graf Reventlow war in dem von ihm herausgegebenen Paß für die Verfassung der Großindustrie und der Banken eingetretten. Darob erhielt er vom Braunen Hause in München einen derben Riß. Er wurde aufgeschrieben, in seiner Zeitung zu erklären, sein Sozialistensprogramm sei lediglich eine Privatangelegenheit, auch habe sie nichts zu tun mit gleichen oder ähnlichen Forderungen des „marxistischen“ Partein. Graf Reventlow hat dies abgelehnt. Vielmehr trifft ihn nunmehr aus dem Braunen Hause der Banstrahl. Ein Mitglied dieser „Bewegung“ darf sich wohl „Nationalsozialist“ nennen, es darf jedoch nicht nationalsozialistische Vorschläge machen. Da würde die Schmeibindustrie diese Brüder greulich auf den Trab bringen!

Wie er den Nationalsozialismus versteht! Der stramm nationalsozialistische Cutscher auf Roßhof annoucierte im Kreisblatt nach einem Cutscher. Es meldeten sich 33 Bewerber. Diese erfüllten zu ihrem Erstaunen, daß Vorbedingung ihrer Einstellung ihre Zugehörigkeit zur NSDAP, oder mindestens zum Stahlhelm sei. Außer Beköstigung werde kein Lohn gezahlt, das Werk müßten sich die Bewerber von zu Hause mitbringen. Unter diesen Umständen verzichteten die Bewerber auf die Stellung. Man wundert sich, daß dieser Verehrer Hitlers nicht auch die Zahlung einer Prämie für eine etwaige Einstellung verlangt hat.

Jedenfalls zeigt sein Angebot, was er von der Herrschaft Hitlers erwartet: Die Möglichkeit, die Arbeiterkraft schamlos und brutal ausbeuten zu können. Der Cutscher auf Roßhof ist nicht der einzige, der in dieser Weise auf die Nationalsozialistische Partei hofft!

NSDAP für Lohnarbeit! So schrieb der Wirtschaftspolitiker der NSDAP, Walter Funk, vor einiger Zeit im „Angriff“, für die Wirtschaft und für den einzelnen Arbeiter ist es allerdings besser, wenn mehr Arbeiter für herabgesetzte Löhne beschäftigt werden, die noch einen Ertrag für die Produktion zulassen. Wie die Profeten bei noch weiter herabgesetzten Löhnen zurechtkommen sollen, ist diesem „Wirtschaftspolitiker“ schnuppe. Die Hauptsache ist, daß der Produktion (lies: dem Unternehmertum) feste Dividenden zufließen. Eigentlich hat von seinem Standpunkt aus der Mann recht. Denn womit sollten denn sonst die Hitler, Goebbels, Röhm und Konjoten ihre braunen Palazzos, ihre Luxusautos und ihre Kaiserhofrechnungen bezahlen?

Selbstgenügsamkeit! Im „Angriff“ vom 18. August ließ sich ein nationalsozialistischer Reichstagsabgeordneter, Dr. Albrecht, also vernehmen: Ein Staat muß seine Landwirtschaft um jeden Preis erhalten. Das bedingt aber zwangsläufig als Grundbedingung der Gesamtwirtschaft Umstellung auf den Binnenmarkt und möglichst Selbstgenügsamkeit, also Autarkie, wo sie nur immer möglich ist. Natürlich Autarkie für die Deutschen Semden aus Papier, Schuhe aus Papp, Brot aus Holzmehl und Dred und alle die „Kriegserrungenschaften“, bis eines Tages der große Wurf gelungen ist. Allerdings dürfte bis dahin das Volk in „Selbstgenügsamkeit“ verreckt sein.

Entrenchung der Sozialverfechter. Der nationalsozialistische Arzt Dr. Quandt sagte am 4. Februar 1932 in der Sitzung der Berliner Verlegerkammer: „Der wesentliche Punkt unseres Programms ist die Abschaffung jeder Sozialversicherung, die sowohl die Verste als auch die Bevölkerung demoralisiert. Die Verfechter dürfen nicht mehr so viel mitbestimmen und mitreden wie bisher.“ Das ist als wahre Zukunftsziel! Allerdings klingt es hier anders als in den verlogenen Flugblättern der Nazis!

Die feindlichen Brüder. Die SW ist die militärische Truppe der selbstgeworbenen Nazispieler, der Stahlhelm die militärische Truppe königstreuer Royalisten. Da es mit der Verbrüderung beider Richtungen bei der Bildung eines neuen Reichskabinetts nicht klappt, stehen sie nunmehr einander feindselig gegenüber. Und da erfährt man allerdings Erbauliches. So behauptete kürzlich der Stahlhelmführer von Stephan, die SW habe unter Androhung von Waffengewalt vom Stahlhelm die Herausgabe von Waffen verlangt und sich auf das Einverständnis der Reichswehr berufen. Herr Stephan sagt dazu, dieser Vorfall lege am deutlichsten Zeugnis davon ab, in welcher skrupellosen Weise von den Nazis versucht wird, eine gläubige Gefolgschaft gegen die Maschinenwehre der Reichswehr und der Polizei anlaufen zu lassen, um sie für die Pläne ehregeiziger Unterführer zu opfern und in den sichern Tod zu treiben. Dies müsse nicht nur im Interesse verheerter und belogener gläubiger junger Menschen, sondern auch im Interesse der gesamten „nationalen“ Bewegung verhindert werden. — Was Herr von Stephan der SW vorwirft, ist ein Verstoß des Verbrochens des Hochverrats; dazu können noch Verbrechen, unerlaubter Waffenhilfe und andere strafrechtliche Tatbestände. Ob sich zur Verfolgung dieser Delikte endlich ein Oberreichsanwalt findet? Außerdem: Was denkt die Regierung Papan-Daß-Schleider zu tun? Sie hat der SW die Organisations- und Uniformfreiheit wiedergegeben. Dafür hat die SW der Regierung den Dank abgestiftet durch zahllose bestialische Verbrechen und — wie Figura zeigt — auch durch einen Verstoß, die Regierung mit Gewalt aus dem Amte zu treiben und die von den Ministern beschworene Reichsverfassung gewaltfam zu stürzen. Die Langmut und Nachsicht der gegenwärtigen Reichsregierung gegenüber den „aufbaumwilligen“ Elementen ist wahrhaft rührend.

Herr von Papan glaubt Hitler. Wenn man die Meinung der Reichsregierung erfahren will, dann muß man die Ansichten der Reichsregierung über die neue Staatsführung“ unterbreitet nämlich lieber die Meinung des Auswärtigen als dem Inlande. So wies ein Vertreter des Reichsausschusses Papan darauf hin, daß Hitler entschieden befreite in seiner Unterredung mit dem Reichskanzler die volle Staatsgewalt verlangt zu haben. Demgegenüber erklärte Papan, in dieser Hinsicht könne es gar keinen Zweifel geben. Hitler habe erklärt, er könne keinen Anteil an der Regierungsgewalt annehmen, er müsse sie in ihrer Gesamtheit verlangen. Es sei aber nicht zu befürchten, daß sich die Nazis zu illegalen Schritten hinreißen lassen würden. In diesem Sinne habe er von Adolf Hitler eine Zusicherung erhalten und keinen Anlaß, Hitler nicht zu glauben. — Humor wirkt verblödnend. Hitler hat versprochen, das Kabinet zu tolerieren und befreit, das verprochen zu haben. Hitler hat erklärt, die ganze Macht verlangt zu haben. Trotzdem glaubt Herr von Papan an Hitler. Wir gratulieren zu dieser Vertrauensfähigkeit!

Ein umfangreiches Regierungsprogramm. Die Papan-Regierung will nach Eröffnung des neuen Reichstags nicht nur eine Gesetzgebungsperiode über die Reichsreform, die auch eine Wahlreform und den Gehalt einer ersten Kammer enthält, vorlegen, es sollen auch die Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes, der Arbeitsbeschaffung, der organisierten Umgestaltung der Erwerbslosenfürsorge, der Lockerung der Tarifpolitik, der Ankerhebung der Wirtschaft durch Erteilung von Aufträgen, ferner Stielung und ein Finanzreformgesetz in der Vorlage enthalten sein. Das ist allerdings! Kurz je gefast, daß die Arbeiterkraft von diesem Präsidialkabinet nichts Gutes erwarten darf.

Auflockerung des Tarifwesens. Die Schärfermacher aller Grade verlangen die Beseitigung des Tarifrechts. Das verlangt auch ihre Presse. Neuerdings hat auch der Reichsverband der deutschen Industrie diesen Standpunkt vertreten. Als nächst erstrebenswertes Ziel wird die Abschaffung der Verbindlichkeitsklärung von Schiedssprüchen verlangt. Weitergehender Verzicht darauf — wie das Reichsarbeitsministerium erklärt — genügt diesen Herrschaften nicht. Das politische Spiel der Kräfte und Größen könnte wecheln, deshalb muß jezt gar eine Arbeit gemacht werden. — Die Bemühungen der Schärfermacher sind sehr deutlich. Das derzeitige Reichskabinet wird ihnen weitestgehend entgegenkommen. Aber eins sei dazu bemerkt:

Wenn das „politische Spiel der Kräfte und Größen“ wechseln sollte, dann dürfte es mit Leichtigkeit möglich sein, die Verbindlichkeit der Schiedsprachen noch vorzeitiger Beilegung wieder einzuführen. Und wahrhaftig: Noch lange nicht ist aller Tage Abend!

Es wird weiter geteilt! Die „rote Fahne“ sieht nach wie vor in der Sozialdemokratie und in den Gewerkschaften den „Kampffeld“. Nur aus dem Inhalt einer einzigen Nummer: Am 18. August macht dieses giftgeschmolzene Repetier auf der vorderen Seite Lohar gegen die Leitung des Deutschen Buchdrucker-Verbandes, der noch vorerprobten Organisation vor, sie habe die den Gewerkschaften zugewiesene Aufgabe, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu kämpfen, schon längst preisgegeben. Natürlich wird anschließend die „stets führende“ RÖD, als einziges Allheilmittel angepriesen, womit die „streikbrecherische Sabotage der Bürokratie gebrochen“ werden müsse. Auf der gleichen ersten Seite wird von einem schändlichen WÖB-„Angebot zur Mitarbeit am sozialistischen Arbeitsdienst“ geredet. Dabei wird verdrückt, verzerrt und unterföhoben, daß die Falken knacken. Es wird erzählt vom „politischen Verbrechen des WÖB“, dem „beispiellosen Verrat der sozialdemokratischen Führerschaft“, ferner wird behauptet, im Verein mit der Papen-Schleicher-Diktatur werde mit voller Unterstützung der SPD-Bürokratie die Zwangsarbeit für die Gewerkschaften vorbereitet. Dann wird in einem weiteren Aufsatz behauptet, die SPD mache Stimmung für die Koalition Zentrum-Nazis in Preußen und „selbstgestell“, daß namentlich die „Front von den SPD-Führern bis zu Hitler“ gebildet sei. In erster Stelle wird in einer Beilage in herabwürdigendem Feindtum verkündet, der Gesamtverband habe für 315 000 Gemeindeglieder Lohnabbau vereinbart, und erklärt, die gesamte Arbeitererschaft müsse gegen eine solche Politik der Gewerkschaftsführer aufstehen und namentlich die „Kampfmobilisierung“ durchführen. In einem weiteren Aufsatz in der gleichen Nummer wird erzählt, die Gewerkschaftsführer labotierten den antifaschistischen Kampf und bestien schamlos gegen die „RÖD-Kollegen“. Natürlich, gegen diese gewerkschaftszerpflückenden Schächler der KPD, soll keiner etwas sagen! Ferner wird in der Nummer frech behauptet, die Sondergerichte für politische Ausschreitungen würden von der SPD-Preffe begrüßt. Und schließlich wird aufgefordert, die einseitige Kampffront aller Gewerkschaften zu schließen. Dies, nachdem in hundertgemeiner Art und Weise Spalte für Spalte die Gewerkschaften verurteilt und verlästert worden sind! Und bereits die nächste Nummer der „Roten Fahne“, vom 19. August, bringt auf ihrer vorderen Seite in sprechendem Feindtum die Leberschrift: „Die WÖB-Führer marschieren ins Lager des Faschismus!“ Auch der sonstige Inhalt dieser Nummer schießt sich dem vom 18. August „würdig“ an. So geht es Tag für Tag. So wird gehetzt, bespuckt und verleumdet. Darunter versteht die „rote Fahne“ den Kampf gegen den Faschismus. Und dann heißt es liebestreuend, die KPD und ihre RÖD-Strecken allen sozialdemokratischen Arbeitern und freigeberkschaftlichen Kollegen die „Brüderhand“ entgegen. Ganz recht! Im hineinjuden! Es ist nur gut, daß die Arbeiterchaft nach und nach einzufließen beginnt, daß es so nicht weitergehen darf. Aber das heuchlerische Einheitsfrontgespräch der Kommunistenpartei erscheint trotz alledem im richtigen bengalischen Licht!

Undurchführbare Arbeitsbeschaffungsforderungen. In der „Roten Fahne“ wurde am 14. August „festgestellt“, der vom WÖB der Reichsregierung übermittelte Arbeitsbeschaffungsplan sei „undurchführbar“. Größtenabnimmig verkündet das Moskautblatt, den Weg zur wichtigeren Arbeitsbeschaffung zeige „nur“ die KPD. Sie fordere die Entzignung der ehemaligen Fürsten und Standesherrn, eine besondere Millionärsteuer und eine Sondersteuer auf alle großen Einkommen, die Einstellung aller Zahlungen an die Kirche und aller Ausgaben für die Reichswehr und Schupo. Dann könnten Arbeitsbeschaffungspläne mit Leichtigkeit finanziert werden. Wenn — ja dann! In der Schaffung politischer und wirtschaftlicher Zukunftsmöglichkeiten scheint die KPD mit der Papen-Regierung in „edlem“ Wettbewerb zu stehen. Beide Gruppierungen schütteln das alles nur so aus dem Ärmel. Jedoch sei bemerkt, daß sich bei diesen Zukunftsspekulationen die reale Staatsmacht in anderen Händen als denen der KPD befindet. Und diese Macht haben werden der KPD, etwas hülften. Nicht ein Jota von dem, was die KPD fordert, werden sie aus leichtverfügblichen Gründen zubilligen. Außerdem vertritt die „rote Fahne“ nicht, wer denn eigentlich nach Abschaffung der Reichswehr und Schupo dann in Wilhelmshagen den Sicherheitsdienst übernehmen soll. Jedenfalls schwebt ihr in dieser Richtung der rote Frontkämpferbund und die SA vor. So sind die papierenen Pläne der KPD — an der nächsten Wirklichkeit gemessen — Hirngespinnste, die in nächster Zeit höchstens auf dem Ronde zu verwirklichen wären. Mit hochföhenenden Phrasen läßt sich Arbeit nicht beschaffen, die raube Wirklichkeit steht verflucht anders aus. Und die arbeitslosen Proleten werden glatt verdrängen, ehe das Arbeitsbeschaffungsprogramm der KPD Wirklichkeit würde. Aber so etwas klingt radikal, schmeichelt launen Ohren, und mancher gutgläubige Tropf erlaubt sich daran. Der knurrende Magen läßt sich damit allerdings höchstens vorübergehend beschwichtigen...

Todes-Notverordnung und Sondergerichte. Etwas scheint die Todes-Notverordnung der Papen-Regierung geholfen zu haben. Die Terrorakte, fast durchgängig durchgeführte von fanatisierten Kiler-Anhängern, haben etwas nach gelassen. Trotzdem kann immer noch gesagt werden, daß Deutschland auf dem Balkan liegt. Auch die Sondergerichte funktionieren bereits. Nur finden wir, daß bisher nur Kommunisten und Leute der Eisernen Front abgeurteilt wurden, so daß es scheinen könnte, als ob die „unschuldigen“ SA-Fürden weiße Invidiosklammer seien. Allerdings sind auch bereits einige SA-Leute „abgeurteilt“ worden, jedoch ist ihre Verurteilung verhältnismäßig recht milde ausgefallen. In einem Fall, wo es sich um die Aburteilung von Kommunisten und Sozialdemokraten handelte, hat man — wie die Tagespresse zu melden mußte — nur Belastungszeugen vernommen. Jedenfalls ist das bisher beobachtete Gerichtsverfahren nicht in der Lage, das Vertrauen zur deutschen Gerichtsbarkeit irgendwie zu heben. Waren wir das weitere ab.

Arbeitsdienst bei der Reichsbahn. Die Reichsregierung hat bei dem Versuch, den Freiwilligen Arbeitsdienst im

Reichsbahnbetriebe einzuführen, den Rückzug angetreten. Der FZD, soll nämlich nach dem neuesten Plan der Regierung nur noch für Arbeiten in Frage kommen, die nicht im Wirtschaftsplän der Reichsbahn enthalten sind. Demnach können für den FZD, beim Reichsbahnbetriebe nur Arbeiten in Frage kommen, die bisher noch nie in eigener Regie von der Reichsbahn ausgeführt wurden und mit dem Betriebs- und Verkehrsdiens nicht im Zusammenhang stehen. Immerhin bleibt auch die Einbeziehung dieser Arbeiten höchst bedenklich. Auch hier handelt es sich um Arbeiten, die sonst von Arbeitern zu vollem Lohn ausgeführt würden und jedenfalls billiger als durch den FZD. Der FZD, führt ganz zwangsläufig nicht zu einer Verminderung, sondern zu einer Vermehrung der Arbeitslosigkeit und damit zu einer weiteren Schrumpfung der Kaufkraft.

Drei Pfeile in Deutsch-Oesterreich. Die Sozialdemokratie Deutsch-Oesterreichs hat in einem Aufruf die Arbeitererschaft aufgefordert, künftig neben dem Parteibüchlein auch die drei Pfeile der Eisernen Front zu tragen. Das soll geschehen als Zeichen des Kampfes gegen Kapitalismus, Faschismus und Reaktion auch in Deutsch-Oesterreich.

Allgemeine Rundschau

Stiftet die Konsumgenossenschaften! In einem Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes werden die Gewerkschaftsmitglieder aufgefordert, ihre Hauswirtschaft der organisierten Bedarfsdeckungswirtschaft einzuliefern und ihren Bedarf an Lebensmitteln, Haushaltungsgegenständen und Bekleidung nur bei den Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine zu decken. Jeder Gewerkschafter soll Mitglied einer Konsumgenossenschaft sein. — Wir können diese Aufforderung nur wärmstens unterstützen, vor allem in diesen Zeiten, wo auch die Geschäfte der Konsumvereine zum Teil dem Bankrottismus aufgegebenen Volksschichten zum Opfer fallen. Schließt euch zusammen auch in den Konsumgenossenschaften!

Der Zementabtag im Juli. Mit einem Verband von 330 000 Tonnen hielt sich der Zementabtag im Juli ungefähr auf der Höhe des Vormonats, der einen Verband von 323 000 Tonnen brachte. Gegenüber den 452 000 Tonnen des Juli 1931 ist ein Rückgang um rund 27 % festzustellen.

Für voll entlohnte Arbeitsbeschaffung! Der Vorstand preußischer Landgemeinden beschloß sich kürzlich mit der auch für die Landgemeinden so wichtigen Frage der Ar-

Wer untern Bund härkt, härkt sich selbst!
Für die Woche vom 21. bis 27. August ist der 35. Bundesbeitrag für 1932 zu zahlen.

beitsbeschaffung. Die vom Präsidenten des Verbandes preußischer Landgemeinden, Landrat a. D. Dr. Gereke, ausgearbeiteten „Richtlinien“ wurden begünstigt. Nach diesen Richtlinien haben „Reich, Länder und Gemeinden die Pflicht, zur Behebung des Arbeitsmarktes volkswirtschaftlich wertvolle Arbeiten vorzunehmen. Weiterhin fordern die Richtlinien für die in Angriff zu nehmenden Arbeiten einen auf mehrere Jahre hinaus festgelegten Plan, der volkswirtschaftlichen, verkehrs- und bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten Rechnung trägt. Die Ziffer 3 der Richtlinien, die für die Arbeiterchaft besonders wichtig ist, lautet wörtlich: „Grundätzlich sollen die Arbeiten zu vollem Lohn der Arbeiter und unter Heranziehung der freien Wirtschaft erfolgen, damit dadurch die Wirtschaft eine weitere Behebung erfährt und die Steuerkraft der öffentlichen Hand gestärkt wird.“ Im Gegensatz zu zahlreichem Aeußerungen in letzter Zeit hat hier der Verband der preußischen Landgemeinden mit erfreulicher Bestimmtheit der Regierung den Weg gezeigt, der für die Arbeitsbeschaffung eingeschlagen werden muß. Die von uns immer wieder vertretene Ansicht, daß nur wirklich voll entlohnte Arbeit eine Behebung der Wirtschaft auslösen kann, wird hier bestätigt.

Wirtschaftliches Bauen. Der Deutsche Ausschuss für wirtschaftliches Bauen wird am 21. und 22. Oktober in Hannover tagen. Von den Vorträgen seien erwähnt: Die vorstädtische und ländliche Siedlung, Ziele und Wege der Bauvorsorge in der Nachkriegszeit, die Siedlung im Spiegel der Volkswirtschaft, die Möglichkeit und Bedeutung der Selbsthilfe beim heutigen Siedlungsbau, die Stadtlandsiedlung in Geßig und Praxis, Grundrisse und Aufrisse der vorstädtischen Kleinsiedlung und der ländlichen Siedlung, Innenausbau bei Kleinsiedlungsbauteilen, Herbe und Dafen in der vorstädtischen ländlichen Siedlung, die statische und konstruktive Behandlung der Deckentragwerke. Näheres ist zu erfahren in der Geschäftsstelle des Deutschen Ausschusses für wirtschaftliches Bauen, Leipzig C 1, Erdmündung 9.

Praktischer Straßenbau auf der Leipziger Baumeße. Während der Leipziger Herbstmesse (28. August bis 1. September) werden auf dem Freigelände der Baumeße neue Straßenbauverfahren praktisch vorgeführt. Kalfasphalt wird in seiner vielseitigen Verwendbarkeit gezeigt, Fränkchen- und hochwertige Mischdecken werden hergestellt, auch Leberasphal auf Koppsteinpflaster und schlupfrige Stampfalpfbdecken gelegt und Straßendecken verschiedener Art ausgeteilt. Gerade in einer Zeit, in der längst notwendigen Erneuerungen des Pflasters oft aus finanziellen Rücksichten nicht zur Ausführung kommen, verdient jede billige und doch dauerhafte Verbesserung der Oberflache die Beachtung aller interessierten Kreise. Durch die praktische Vorführung ist die Möglichkeit gegeben, sich unmittelbar von der einfachen Herstellung sowie von der Klebefähigkeit und Konsistenz des Materials zu überzeugen.

Leipziger Herbstmesse. Im Rahmen der Leipziger Herbstmesse, der wie immer eine Baumeße angegliedert ist, werden auf dieser einige besonders aktuelle Probleme der Bauwirtschaft in mehreren Vortragsreisen behandelt. Am 28. August wird gesprochen über „Die Bauparkassenbewegung“, am 29. August über „Stahl und Ziegel im Kleinhäusbau“, am 30. August über „Holz im deutschen Heim“.

Zum Besuch der Leipziger Herbstmesse gibt die Reichsbahn für Orte, die 150 Kilometer und mehr von Leipzig entfernt sind, Rückfahrkarten mit 33 % Ermäßigung aus, sofern sich der Käufer einer solchen Karte durch das Mitbringen von Ausweisfahrkarte ausweist. Die im Preise ermäßigten Fahrkarten sind an allen Bahnhöfen und in Reisebüros erhältlich und haben für die Rückfahrt Gültigkeit vom 28. August bis 10. September. Bei Benutzung von Gil- und Schnellzügen muß der tarifmäßige Zuschlag gezahlt werden.

Gegen eine Besteuerung der Margarine haben die Vorstände des WÖB und des FZD-Bundes an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ein Schreiben gerichtet, in dem sie auf die sozial und wirtschaftlich gleich bedenklichen Folgen der geplanten Margarinesteuer hinweisen. Ob WÖB und FZD-Bund mit dieser wohl begründeten Eingabe launen Ohren predigen, bleibt abzumarten.

Gedenktafel verstorbener Mitglieder.
Augsburg, Josef Stadler, Einjähriger, 59 Jahre.
Bielefeld, (Bratwede), Herm. Fase, Maurer, 59 Jahr.
Karl Stadler, Maurer, 85 Jahre alt.
Brandenburg a. d. S., Friedrich Lietze, Maurer, 48 J.
Bunzlau, (Raumb. a. Queis), Paul Schäfer, Töpfer, 66 J.
Darmstadt, Heinrich Stern, Glaser, 59 Jahre alt.
Dresden, Paul Bellmann, Schachtmeister, 49 Jahre.
Herrmann, Heinz, Maurer, 60 Jahre alt.
Erfurt, (Gisinger), Friedr. Selle, Maurer, 64 Jahre.
Karlruhe, (Bietig), K. Diersch, Bildh., Hilfsarb. 37 J.
Ciegnitz, (Jauer), Alb. Bischoff, Maurer, 59 Jahre.
München, Heinr. Leutenbauer, Maurer, 21 Jahre.
Franz Schimaneck, Bolzer, 57 Jahre alt.
Rüftingen-Wilhelmsh., Wilh. Jürgen, Hilfsarb., 63 J.
Schweidnitz, (Zeichenau), August Stähler, Maur., 66 J.
Stolp i. Pom., Theodor Gitzke, Dachdecker, 68 Jahre.
Swinemünde, Herm. Subklewe, Maurer, 44 Jahre.
Ehre ihrem Andenken!

Bücher u. Schriften

Die Soboga. Von Vicente Mosco Sones, Deutsch von Elisabeth und Otto Köhler vom Bahner. In Berlin gebunden 2,70 M für die Mitglieder der Brüderliche Studenten, Verlag der Brüderliche Studenten, Berlin SW 61, Breitenburger Str. 9. Der Roman erzählt einen unverwundlichen Sob gegen die herrschende Gesellschaft, in diesem Falle gegen die mächtigste, die Arbeiter, um die besten Schichten. Der Roman erzählt einen unverwundlichen Sob gegen die herrschende Gesellschaft, in diesem Falle gegen die mächtigste, die Arbeiter, um die besten Schichten. Der Roman erzählt einen unverwundlichen Sob gegen die herrschende Gesellschaft, in diesem Falle gegen die mächtigste, die Arbeiter, um die besten Schichten.

„Vollstund“. Dieses auf ausgestellte Blatt kann bei jeder Postanstalt für 6 Pf. monatlich frei Haus, wie auch bei jeder Buch-„Vollstund“-Verlag, Berlin. Dieses auf ausgestellte Blatt kann bei jeder Postanstalt für 6 Pf. monatlich frei Haus, wie auch bei jeder Buch-„Vollstund“-Verlag, Berlin. Dieses auf ausgestellte Blatt kann bei jeder Postanstalt für 6 Pf. monatlich frei Haus, wie auch bei jeder Buch-„Vollstund“-Verlag, Berlin.

Das soziale Gesundheitswesen. So heißt der dritte Band des Schriftenreihe zur Anthropologie und Soziologie von Sexualität und Verbrechen. Die vorliegende Broschüre von Fritz Haack, der in den Jahren 1908 und 1909 in der Schweiz lebte, ist ein wertvolles Buch, eine Kampfschrift auch für die Jugend. Die Auswertung des Wohnungsproblems auf die Stillehüter werden in der Schrift hauptsächlich behandelt. Eine große Fülle höchstgenauer Statistiken des beherrschenden Stutes, aus der Sagen- und Buchliteratur, schließlich fordert der Verfasser eine Anpassung des allgemeinen Strafrechts an die sich immer mehr vergrößernde Wirtschaftsmot, nur allein die oben erwähnten Lebens- und Wohnungsverhältnisse. So hellen ist die Schrift in der Verlagsbuchhandlung Julius Bittmann, Stuttgart. Dieser den Preis wird nichts gesagt, die Schrift dürfte aber nicht teuer sein.

Gummwaren (Hygien-Artikel, Preis. G 1 gr., „Medicus“ Berlin SW 68, Alte Jacobstr. 8)
ALLES BELIEBIG! (Werkzeug-Vertrieb) WESTFÄLISCH-WERKZEUGE CO. RAGEN 103 I. W.
Lesst (F)
„Das Bauwerk“ (Wir helfen an jedem Mann)
Tuche (Bertram, Stoffe ab, Damen, Stoffe, Verlangen, 30, Fabrik)
Abonnieren den „Volkstank“
Stahl-Betten (Eisen, Kinder-, Folter-, Chaise, an jeden, Teller, Katal. 267 Tr. Eisenmodellabrik Suhl (Th))
M. Mosberg (Bielefeld, Illenburger Straße 5 Die beste Berufskleidung, Qualitäts-Werkzeuge, Preisermäßigung — Listen gratis)
Schachtmeister- und Polierschule, Rendsburg (für alle Bauberufe — d. Höch. Techn. Staatslehranstalt für Bauberufe angegliedert. Aussond. durch den Oberstudienratraktor.
Billige böhm. Bettfedern (reine, gefüllte, Sorten Ein Kilo: graue geschicht, 2,50 Mk., halbwolle 3. Mk., weiße 4. Mk., bessere 5. Mk., 6. Mk., dunkelwolle 7. u. 8. Mk. beste Sorte 10. u. 12. Mk. weiße ungeschlissene Kupferfedern 1,50 u. 2,00 Mk. beste Sorte 2,50 Mk. Versand franko Zollfrei, gegen Nachn. Muster frei Umschau, Rücknahme gestatt. Benedikt Tausch, Lobs Nr. 9, bei Pilsen. (Böhm.)